

ROSEN

Nachmittags-Ausgabe.

# Poener Zeitung.

Fünfundsechzigster Jahrgang.

Mr. 548.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Poen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bezahlung kann Preußen alle Postanstalten des In- u. Auslands an-

Annahme-Büros:  
In Berlin, Hamburg,  
Wien, München, St. Gallen;  
Rudolph Wosse;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg  
Wien u. Basel;  
Haasenstein & Vogler;  
in Berlin;  
J. Petermeyer, Schlossg.;  
in Breslau: Emil Habath.

Inserate 2 Sgr. die sechzehnpfennige Zelle oder  
deren Raum, dreigeklappte Reklame 5 Sgr. für  
an die Expedition zu richten und werden für die an  
demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10  
Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Donnerstag, 21. November  
(Erscheint täglich zwei Mal.)

## Die erste Berathung über die Kreisordnung.

Von einem Mitgliede der Fortschrittspartei in Berlin erhalten wir eine Korrespondenz, welche die in jener Partei herrschenden Ansichten wiedergibt. Wir nehmen hier den Artikel auf, ohne den hier geäußerten Anschauungen beizutreten. Die Korrespondenz lautet:

Die Tribünen des Abgeordnetenhauses waren heute, was man so sagt, ausverkauft. Bereits gestern bildete das Publikum zweit bei Eröffnung der Billetbüros. Das ist seit der Konföderation nicht passirt. Die Debatte war so belebt, wie es das unglückliche Institut einer durch Verlosung gebildeten Rednerliste immer zuließ. Bei der einer durch Verlosung partypiraten immer eine Anzahl Strohmänner; um die Chancen für ihre Parteiführer zu vermehren und eine erlöste günstige Stelle in der Reihenfolge denselben abtreten zu können. Als übergroße Zahl Strohmänner, welche die Klerikalen und Konservativen diesmal um die Urne stellten, bewirkte, daß mehrere konservative Redner hintereinander folgten und die Fortschrittspartei demnachen an das Ende der Liste kam, daß schließlich Birchow nur überhaupt noch zu Worte gelangte, indem die Freikonservativen in der Reihe „für“ ihm einen Platz abtraten, während Birchow sich in der Reihe „gegen“ gemeldet hatte. — Aus dem heutigen Auftritte des Ministers Eulenburg ist das Verhalten zu den Paragraphen betreffend Bildung der Amtsbezirke, besonders bezeichnet. In der vertraulichen Besprechung hatte Eulenburg vorkenbeck die Erklärung abgegeben, daß er die jetzt im Gege gestrichenen Minimalziffern in die Ausführungsinstanz hineinschreiben werde. Diese Erklärung ist öffentliches Geheimniß. Der Abg. und Landrat b. Mayer erklärte dem Minister nun rund heraus, es wäre Vertheidigung, wenn er so verfahren würde. Eulenburg schwieg dazu, bis ihn Birchow zum Reden zwang. Da gab er denn die matte Erklärung ab, er werde in die Ausführungsinstanz hineinschreiben, nicht etwa, daß er die Ziffern auch jetzt noch als maßgebend erachte, sondern daß das Abgeordnetenhaus bei seiner ersten Beschlusssitzung über die Kreisordnung auf diese Ziffern Werth gelegt habe. Dieses Verhalten motivirt neuernd das Misstrauen, welches Birchow heute Namens der Fortschrittspartei einer Ausführung der Kreisordnung durch den Minister entgegenstellt. Wenn Eulenburg darauf erwiderte, daß im Allgemeinen derjenige Minister zur Ausführung an geeigneten sei, der das Gesetz gemacht habe, so ist darauf zu erwideren, daß die besten Seiten des Gesetzes nicht von ihm, sondern von den Amendements Lasker's herführen. Lasker hatte heute nicht seinen guten Tag. Er strich die guten Seiten der Kreisordnung allzu sehr heraus, ohne wie Birchow genügend darf zu betonen, daß die Kreisordnung nur als ein erster Anhang liberaler Reformen gelten könne und daß ihr Hauptverdienst darin bestehen, daß sie überhaupt in die bestehenden Zustände einmal Bresche geöffnet hat, zu akademisch gehalten. Wenn man aus dem heutigen rücksichtslosen Auftreten der konservativen Minorität einen Schluß ziehen darf, muß es mit dem Pariserbund gut stehen. Die Herren von Mayer und Liebermann tragen zwar nicht sonderlich aristokratisch klingende Namen, aber ihre Gesinnung entspricht dem Vollblutjunker. Der erste Namen, aber ihre Gesinnung entspricht dem Vollblutjunker. Der erste in den letzten Dezennen geadelte Herr von Mayer gerierte sich ausdrücklich als einen Epigonen derer von der Marwitz, die bekanntlich Friedrich Wilhelm wegen ihrer Opposition gegen die Befreiung des Bauernstandes nach Spandau auf die Festung schickte und die nach glaubwürdigen Nachrichten Stein an Napoleon verriethen und die Provinz Schlesien gegen Erlaß der Kontribution an Frankreich abtreten wollten. Ein pommerscher Rittergutsbesitzer von Wedell warf dem Minister vor, daß er unter konservativer Firma liberale Politik treibe; kurz, von dieser Seite scheint man in der That der Regierung gegenüber die Brücke als abgebrochen anzusehen. Mallinckrodt kostierte im Namen der Klerikalen bald mit den Polen, bald mit den Herren aus, bald auch mit der Regierung, wie es ihm gerade passte. Als er der persönlichen Einnahme des Königs in die Sache erwähnte, stimmte ihm die Linke bei. Forkenbeck verzog keine Miene, weil er keine Rede des Königs gegen Brühl als unter Verantwortung der Minister gesprochen erachtet.

tung an die Genehmigung des Staates gebundenes Institut auf, dessen Übertragung durch die gewöhnlichen Alte der Rechtsverwerbung vor sich gehe und über dessen Existenz, Umfang, Rechte und Pflichten in dem gewöhnlichen, für Privatrechte bestimmten Gerichtsverfahren die Festsetzung nachzuführen ist. Gleichwohl hindert das Gesetz die Ausübung des Patronats an kirchliche Requisite: es entzieht diese Ausübung denjenigen Personen gänzlich, welche zu keiner der im Staate aufgenommenen oder geduldeten christlichen Religionsparteien gehören (Theil II. Tit. 11. § 582), es beschränkt dieselbe für Dienstleute, welche zwar zu einer der beiden aufgenommenen Kirchen, aber zur anderen Konfession, als der die Pfarrstelle und die Gemeinde folgt, gehörig sind (§ 340 a. d. O.). Diese einschränkenden Anordnungen des Allgemeinen Landrechts haben mit den staatsbürgerschen und bürgerlichen Rechten der davon Betroffenen keinen Zusammenhang, es hat daher auch das Reichsgesetz vom 3. Juli 1869 auf dieselben keinen Einfluss ausüben können" u. s. w.

Dass die Ausführungen des Ober-Kirchenrats wohl mit Grund anzusehen sind, erhellt schon daraus, daß Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen und die Ausübung eines Amtes oder einer amtlichen Tätigkeit von dem Religions-Wesen ganz unabhängig ist. Uebrigens möge tatsächlich angeführt werden, daß in der Zeit von 1812 bis 1816 in den damals preußischen Landesteilen Juden Patronatstrechte geübt haben und eine Verordnung von 1816 ihnen dieses Recht ausdrücklich entzog. Die angezogenen landrechtlichen Bestimmungen waren, selbst nach dem Edikt vom 11. März 1812, daß die Juden zu Staatsbürgern machen, also nicht mehr durchschlagend und entscheiden wohl heute auch nicht mehr.

Herr Professor Dr. Birchow hat hiesigen Zeitungen nachstehende Zeilen mit der Bitte um Veröffentlichung zugehen lassen:

Berlin, 16. November 1872. Die hier erscheinende "Deutsche landwirtschaftliche Zeitung" bringt in ihrer heutigen Nummer (137) einen Artikel über das im letzten "Komunalblatt" veröffentlichte Gutachten des Herrn E. Hedwig über die berliner Kanalisationsfrage, in welchem die von diesem Herrn offen ausgesprochene Thatsache, daß er von englischen Kapitalisten zu einem Gutachten aufgefordert sei, benutzt wird, um die Ehrenhaftigkeit desselben in Frage zu stellen. Nachdem gefällt es dem Verfasser des Artikels, außer allerlei anderen liebenswürdigen Bezeichnungen, Hrn. Hedwig auch die eines englischen Birchow" beizulegen, und endlich widmet er ihm und mir folgenden Satz: "Wenn er (Herr Hedwig) Geld verdient, thut er es nur zum Wohle der Menschheit, niemals anders. Auch darin ist er der reine Birchow." Ich bemerkte darauf, um das gefuch Gehässige dieser Phrase zu zeichnen, daß ich weder mit Herrn Hedwig, noch mit der "Deutschen landwirtschaftlichen Zeitung" oder deren Redakteur jemals in irgend welchen Beziehungen gestanden habe, auch der Veröffentlichung des Gutachtens im "Komunalblatt" durchaus fremd bin. Mit dieser Erklärung dürfte ein Mann, dessen Leben so klar vor Aller Augen liegt, wie das meinige, vielleicht hoffen, daß die ehrenhaften Organe der Berliner Presse den Schutz seines hier zum ersten Male in dieser Richtung angegriffenen Namens übernehmen werden. Da ich indeß weiß, wie leicht, namentlich in Zeiten der Erregung, auch die aburdeste Beschuldigung in den Gemüthern haftet, so habe ich an den Redakteur der "Deutschen landwirtschaftlichen Zeitung" Dr. Sievert, heute folgenden Brief gerichtet: "En. Wohlgeboren haben in Nr. 137 der "Deutschen landwirtschaftlichen Zeitung" einen Artikel über das Gutachten des Herrn E. Hedwig veröffentlicht, dessen vorleger Absatz sich mit der Art beschäftigt, wie ich Geld verdienen. Da die Verbindung, in welcher dies geschieht, eine direkt ehrenhaftige ist, so darf ich wohl erwarten, daß sie Ihre Verpflichtung anerkennen werden, mir die Möglichkeit einer Vertheidigung zu bieten. Einer so allgemein gehaltenen Beschuldigung gegenüber, wie sie ihr Artikel enthält, ist eine derartige Möglichkeit nicht vorhanden. Ich fordere Sie daher hierdurch auf, in ihrer nächsten Nummer die Thatsachen mitzutheilen, welche Sie in einem solchen Urtheile über mich berechtigen." Prof. N. Birchow.

Im Dienstgebäude des Reserve-Landwehrbataillons Nr. 35 fand gestern Nachmittag die feierliche Enthüllung der vom Offiziercorps des Bataillons gestifteten Gedenktafel für die im Kriege 1870/71 gefallenen Kameraden statt und hatten sich zur Theilnahme an diesem Akt der Dankbarkeit eine große Anzahl von Offizieren des Regiments, Eltern und Angehörige der Gefallenen eingegeben. Nach einer kurzen, schwungvollen Gedächtnissrede des Kommandeurs Oberst d. Witten fiel die Hülle. Der Lorbeerumkränzte Denkstein besteht aus schwarzem Marmor und zeigt in goldenen Lettern die Namen der gefallenen 34 Offiziere. Gleichzeitig wurde auch das Bölloniß des Kaisers enthüllt; welches Se. Maj. dem Regemente vor Kurzem geschenkt hat.

Nachdem die im Gefecht bei Weissenburg thätig gewesenen Regimenter ihren gefallenen Kameraden dort bereits Denkmäler gesetzt, ist es nun, wie die "Börsen-Ztg." zufällig erfährt, beschlossen Sache, in der Nähe dieser Stadt hoch oben auf dem Geisberge, wo der Kampf am heftigsten gewütet hat, noch ein mächtiges Zeichen zur Erinnerung an die Eröffnung der Siegesbahn durch die dritte Armee zu errichten. Der damalige Oberbefehlshaber derselben, der Deutsche Kronprinz, hat seine Zustimmung dazu bereits ertheilt und genehmigt, daß die Offiziere der genannten Armee ein ein- bis zweitägiges Chargengehalt zur Besteitung der Kosten beitragen. Die Kronprinzessin ist, wie die "Kölner Zeitung" meldet, eifrigst mit Zeichnung von Entwürfen beschäftigt.

Die Kommission für den Bau des neuen Reichstagsgebäudes wird in nächster Zeit wiederum eine Sitzung haben. Es handelt sich hierbei immer noch um die Wahl des Platzes, auf welchem das Gebäude errichtet werden soll. Wie die "D. R. C." meldet, ist wiederum ein Projekt aufgetaucht, welches dahin geht, die Grundstücke Nr. 76 (Auswärtiges Amt), 75 (v. Decker'sche Geb. Oberhofbuchdruckerei) und 74 (Staatsministerium) der Wilhelmstraße, zu welchem bekanntlich umfangreiche parkartige Gärten gehören, die bis zur Königgrätzerstraße reichen, mit einander zu verbinden und auf diesem Terrain das Reichstagsgebäude, sowie die Baulichkeiten für das Bundeskanzleramt zu errichten. Es haben zu diesem Schluß — schreibt die "D. R. C." — auch bereits Unterhandlungen mit Herrn von Decker stattgefunden. Dieser soll auch bereit sein, sein Befistum gegen einen allerdings bedeutenden Preis abzutreten, aber mit der Bedingung, daß ihm das Grundstück der ehemaligen Porzellan-Manufaktur in der Leipzigerstraße, welches sich bekanntlich ebenfalls bis zur Königgrätzerstraße erstreckt, in Tausch übertragen werde, damit er auf diesem die neuen Gebäude für seine Druckerei errichten könne. Doch auch diese Angelegenheit befindet sich noch in der Schwere.

Seitdem an des verstorbenen Schulrats Dr. Gottschick Stelle der in mathematischen Kreisen rühmlich bekannte Dr. Gantner in das Provinzialschulcollegium berufen worden, in eine Scheidung in Betreff der Inspektion der hiesigen Gymnasien und Realschulen eingetreten, indem nämlich erstere der Aufsicht des Provinzialschulrats,

Dr. Klix, letztere der des Dr. Gantner unterstellt worden sind. — Nach einer, seitens einer Oberstaatsanwaltschaft ergangenen Erklärung, gehört zu dem Thatbestande der Landstreiterei keineswegs eine gänzliche Mittellosigkeit, so daß der Besitz auch der kleinsten Geldsumme oder die Bezahlung einer geringfügigen Zeche den Thatbestand dieser Übertretung ausschließe, sondern es gehört nur dazu, daß die betreffende Person, "die Mittel zu ihrem Unterhalte" nicht besitzt, dieselben müssen vielmehr zu ihrem Unterhalte ausreichend sein und auch hierzu verwendet werden, überdies aber ehrlich erworben sein, um den Thatbestand des Landstreitens auszuschließen. Es liegt auf der Hand, heißt es in der Erklärung, daß der Besitz einiger Bettelpfennige oder ein Geldstück, von dem der Angeklagte noch etwas besitzt, den Thatbestand des Landstreitens nicht ausschließen kann; ebenso ist der unbedingt ein Landstreiter, der, etwa in Kenntnis von einer falschen Rechtsansicht, sich einige Fünfaröhrchenstücke als eisernen Bestand verwahrt, um auf denselben hin sich straflos umherstreifen zu können. Danach ergibt sich aus allem Vorgebrachten, daß, wenn ein Mensch, gegen den noch genügender Verdacht des Landstreitens vorliegt, noch Geld bei sich trägt, zunächst zu prüfen ist, ob dies zu seinem Unterhalte ausreichend erscheint, wofür sich allerdings keine festen Normen aufstellen lassen, sondern die Kriterien aus dem einzelnen Falle herzunehmen sind. Wird es für ausreichend erachtet, so ist der ehrliche Erwerb des Geldes zu erörtern und festzustellen und erst, wenn dieser feststeht, der Thatbestand des Landstreitens nicht vorhanden.

Der Magistrat hat nunmehr der Stadtverordneten-Versammlung den Entwurf des Stadthaushaltsetats für das Jahr 1873 zur endgültigen Feststellung vorgelegt. Dieser Entwurf balanciert mit 8,213,530 Thlr. gegen 1872 + 1,241,419 Thlr. Das Ordinarium schließt ab mit einer Einnahme von 7,811,130 Thlr. (+ 1,582,283 Thlr.) und einer Ausgabe von 6,115,797 Thlr. (+ 1,602,744 Thlr.) also mit einer Mehreinnahme von 695,333 Thlr., welche dadurch erzielt wird, daß aus der Gemeinde-Einkommensteuer eine Einnahme von 2,839,555 Thlr. (+ 1,388,013 Thlr.) in Ansatz gebracht wurden.

Aus dem Ermlande, 18. Nov. Viel Aufsehen, schreibt man der "Danz. Ztg.", macht bei uns noch immer die Angelegenheit des Justizrats Braun zu Heilsberg. Derselbe, ein Meteor am Himmel des Ultramontanismus, hatte, bei Gelegenheit der Heilsberger Säkularfeier eine durch Illortalität und Obskuratorismus bemerkenswerthe Festrede gehalten, welcher die entrüsteten Festteilnehmer durch Münz und Gelöse ein Ende machten. Diese Thatsache wurde einem Provinzialblatte berichtet und von der "A. H. Ztg." abgedruckt. Der Heilsberger Bürgermeister, Herr Salesky, erwiderte auf diese Schilderung in demselben Blatte, indem er einzelne Umsätze verbesserte und Herrn Braun, soweit es ging, zu entschuldigen suchte. Darauf eine Erwiderung dieses Herrn, welcher seine Rede für höchst loyal und speziell ermländisch gehuft etikett und beobachtet, er habe zu Give up proponieren (obgleich das Ende Niemand der Anwesenden vernommen). Das widerlegt nun wieder Herr Salesky, zugleich anführend, daß er Herrn Braun nicht mehr antworten werde, und mittelend, daß gegen denselben bereits die gerichtliche Untersuchung eingeleitet sei. Der Herr Justizrat aber giebt sich damit nicht zufrieden, sondern macht bekannt, daß er allein Herrn Salesky zur Bürgermeisterstelle verholfen, und stellt ihn seiner Unabkömlichkeit wegen, wie er sich ausdrückt, "vor das Forum rechlich dentender Männer". — Dies sind die Thatsachen des Federkriegs. Wie man bei uns über Herrn Justizrat Braun denkt, geht deutlich daraus hervor, daß jede seine Experimenten, gleich dem "Kladderadatsch" oder den "Wespen", mit Eifer studirt wird. Das Beste an der Sache aber ist, daß der selbe nicht nur wegen seiner Rede in Untersuchung gezogen ist, sondern vor Atem wegen seiner Teufelsbechwörungen. Er soll nämlich den Aberglauben unserer Bauern dazu benutzt haben, um ihnen weiß zu machen, daß er Teufel austreiben könne, und soll bei seinen Experimenten dieser Art in Legion gekommen sein, welche der Ehrenrat der Rechtsanwälte für eines Justizrat unwürdig hält. Das Resultat der Untersuchung wird jedenfalls bald zur Offenlichkeit gelangen.

Stralsund, 18. Novbr. Von den Postsendungen, die mit dem Post-Eisenbahnwagen am Morgen des 13. d. M. in den Ryk gestürzt sind, ist der größte Theil durch die Nachforschungen, die in Gegenwart und unter Leitung des Oberpostdirektors Gruber, des Eisenbahndirektors Schulz und des Postinspektors Galler vorgenommen wurden, wieder aufgefunden worden. Bei den Geldsendungen, die fast sämtlich aufgefunden sind, hat sich das Resultat ergeben, daß eine bedeutend höhere Summe aufgefunden wurde, als deklariert war; dem Vernehmen nach waren nur 14,000 Thlr. deklariert, während 30,000 Thlr. aufgefunden wurden. — Die Gewalt des Wasers war so groß, daß der Post-Eisenbahnwagen, der ein Gewicht von ca. 200 Bentzinen hat, etwa 200 Fuß mit fortgerissen wurde.

Der königliche Schleppdampfer "Severin", welcher den durch Überflutung zu Sundische Wiese und Zingst bedrohten Lebensmittel hinbrachte und am 16. d. Mts. Mittags nach hier zurückkehrte, bringt Nachrichten, wonach beide Ortschaften noch total unter Wasser stehen und ein Bild des größten Jammers gewähren. Die Passage von einem Hause zum andern ist nur durch Boot oder Flöße zu ermöglichen. Das Wasser ist außerhalb der Deiche zwar im fallen befreit, jedoch kann es aus den Ortschaften nicht so schnell wieder absiezen, weil die Schleusen der Deiche verändert sind und die Durchbruchsstellen derselben zu hoch liegen; auch fehlt es an Werkzeugen und Mannschaften, um die nötigen Vorkehrungen zum Ablassen des Wassers treffen zu können. Die Bewohner selbst sind so verzagt, daß sie nichts anfangen mögen. Die Gebäude sind größten Theils zerstört, namentlich die vielen Fachwerkgäbäude, die Fächer derselben sind durch die Wellen ausgeschlagen, die Dächer teilweise abgedeckt. Die Innenräume der Gebäude haben sich auf die Böden geflüchtet, um hier die Zeit abwarten zu können, wo sie statt Wasser wieder Erde unter sich haben. Längs der ganzen Küste von der Sundische Wiese an sieht man weiter nichts als den Saum zerstörter Deiche und im Wasser stehende demolirierte Gebäude, von deren Dächern Notflügel wohnen. Menschen und Vieh sieht man wenig oder gar nicht; letzteres ist größten Theils tot. Ein holländisches Schiff bei Pernow liegt in nebst der Dünenkette auf Land und sind an dieser Stelle noch drei Mann der Besatzung ertrunken, wogegen der Kapitän nebst 4 Mann sich gerettet haben. Rechts und links bemerkte der Kapitän Schiffe in gleicher Lage wie das seine. Der Leuchtturm auf Darßer Ort ist stehen geblieben. (Strals. Ztg.)

Mainz, 16. November. Am 19. Oktober erschien der Polizeirath Künstler in der den Jesuiten eingeräumten St. Christophskirche und teilte dem Superior v. Doss ein Ministerial-Schreiben mit, des Inhalts: "Die Ordensniederlassung in St. Christoph sei aufzulösen, und die noch dort befindlichen Patres hätten einen Aufenthaltsort zu wählen und anzugeben, wann sie dahin abgingen." Der Superior v. Doss und ein Pater Höller protestierten bei dem großherzoglichen

## Deutschland.

Berlin, 20. November.

Der Kaiser hat dem Verein "Invalidendank" bis auf Weiteres einen jährlichen Beitrag von Einhundert Thalern bewilligt. Es ist wohl mit Recht zu hoffen, daß dieses Beispiel zu einer gleichen regen Theilnahme in verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen aufmuntern wird.

Wie die "N. St. Ztg." vernimmt, werden außer dem Oberpräsidenten der Provinz Pommern Frhr. v. Münnichausen auch die Minister v. Schadow und Graf Isenpitz sich demnächst nach Borpommern begeben, um die der Überschwemmung ausgesetzt gewesenen Unglücksstätten zu besuchen. An der Wiederherstellung der von der Überschwemmung zerstörten Eisenbahnstrecke zwischen Milzow und Greifswald wird der "Strals. Ztg." zufolge mit mehreren Hundert Arbeitern, deren Zahl fortwährend verstärkt wird, ununterbrochen und rasch gearbeitet. Dem Vernehmen nach ist Aussicht vorhanden, die Bahn baldigst so weit wieder herzustellen, daß dieselbe, wenn sich nicht noch besondere Hindernisse entgegenstellen, in 8 bis 14 Tagen fahrbar sein dürfte.

Der Bescheid, welchen, wie gemeldet, der evangel. Oberkirchenrat über die Theilnahme jüdischer Magistratsmitglieder an den der Stadtbehörde zustehenden Wahlen evangelischer Prediger an den Magistrat von Graudenz hat ergehen lassen, ist eigentlich juristischer Natur und lautet in den Hauptstellen:

"Auf die unter dem 20. September d. J. an den Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten, gerichtet an uns, als die zuständige Behörde, abgegebene Befehlswerte, betreffend die von dem k. Konistorium beanstandete Mitwirkung eines jüdischen Stadtrathes bei der vom Magistrat als Patron vorgenommenen Auswahl von Kandidaten für die Befestigung der dort erledigten Pfarrstelle, müssen wir uns dahin erläutern, daß allerdings die Theilnahme eines dem jüdischen Glauben angehörigen Mannes an der patronativen Auswahl für die Befestigung einer evangelischen Pfarrstelle unzulässig und hierin durch das angeführte Gesetz vom 3. Juli 1869 über die staatsbürgerschen und bürgerlichen Rechte nichts geändert ist. Das allgemeine Landrecht faßt das Patronat als ein dem Privatrecht angehöriges, nur in seiner Errich-

Kreisamte und weigerten sich, Mainz zu verlassen. Das Kreisamt wendete sich an das Ministerium und erhielt folgende Ministerialverfügung, welche dem Superior v. Döß vorgestern eröffnet wurde.

Die Gründe, welche der seitliche Superior der Jesuiten in Mainz, A. v. Döß, für sein ferneres Verbleiben in Mainz inhaltlich Ihres Berichtes vom 22. vorigen Monats vorgebracht hat, sind von uns nicht stichhaltig befunden worden. Insbesondere ist die angebliche Bürgeraufnahme in Biernheim nicht nach den bestehenden Vorrichtungen erfolgt und darum bis jetzt in keiner Weise zu Vollzug gelangt. Wir beauftragen Sie nunmehr, den genannten beiden Mitgliedern des Jesuitenordens zu eröffnen, daß sie längstens binnen 14 Tagen, vom Tage der erfolgten Eröffnung an, Mainz zu verlassen hätten, mit dem Beifügen 1) an v. Döß, daß ihm in seinem Orte des Großherzogthums der Aufenthalt gestattet werden könne, und er sich daher so einzurichten habe, daß er mit Ablauf der oben bestimmten Frist an irgend einem Orte des Großherzogthums nicht mehr sich aufhalte und auch später in einen solchen nicht mehr zurückkehre; 2) an Böller, daß ihm der Aufenthalt in Seligenstadt veragt sei und ihm auch an einem anderen Orte des Großherzogthums, wo er Gelegenheit zur Ausübung seiner Dienstthätigkeit habe, zu verweilen nicht gestattet werden könne. Er habe daher binnen 3 Tagen nach der Eröffnung des Gegewartigen Ihnen die Wahl eines anderen, diesen Voraussetzungen entsprechenden Aufenthaltsortes anzugeben, indem ihm, wenn er dies unterschaffe, oder sich hierzu außer Stand erkläre, ein Aufenthaltsort angewiesen werden würde. Wir empfehlen Ihnen darüber zu wachen, daß unsere vorstehenden Anordnungen, besonders bezüglich der Entfernung des v. Döß aus dem Gebiete des Großherzogthums, pünktlich vollzogen werden, und seien hierüber seiner Zeit, über die weitere Erklärung des Böller aber Ihrer baldigen berücksichtlichen Vorlage entgegen. Da dem Reichskanzleramt über Namen und persönliche Verhältnisse der Betroffenen noch keine Mitteilungen gemacht worden sind, so seien wir denselben entgegen. — Gezeichnet: v. Stark.

München, 18. November. Zur Wiederbesetzung der durch die Ernennung des Dr. v. Haneberg zum Bischof von Speyer erledigten Professor der orientalischen Sprachen hat die altkatholische Minorität der hiesigen theologischen Fakultät den Dr. Himpel, Professor der Theologie in Tübingen, vorschlagen. — Die "Neuen Nachrichten" seien ihre Enthüllungen über das Treiben der Spizeder'schen Gesellschaft unverdrossen fort. Einer drastischen Schidierung entnehmen wir folgende Stellen.

In der Wohnung der "Gesellschaftsdame", welche die Spizeder in die ursprünglich verfügte Civil-Sicherheitshälfte begleitete, wurde ein Reichthum von Schmuck vorgefunden, daß man sich in einen Juwelierladen versetzt glauben möchte, dazu eine Garderobe in den kostbarsten Stoffen von einer Reichthaltigkeit, daß kaum eine Fürstin solche besitzt. Wie Alles und Jedes bei der Spizeder auf Betrug und Schwund berechnet war, zeigt u. A. die Thatstache, daß in jedem der Schränke ein großes goldenes Kreuz so hingelegt war, daß es bei Deffnung der Schublade den Anwesenden in die Augen fallen müßte; bekanntlich zeigte sich dieselbe auch nie öffentlich ohne ein derartiges am Halse herabhängendes Kreuz, in ihrem Hause waren zahlreiche Tafeln aufgehängt mit Inschriften, wie: "An Gottes Segen ist Alles gelegen", "Neben immer Treu und Geduld", dazu Kreuz für, Marienbilder u. s. w. — wie wäre es zu wundern, daß die Einfältigen die Überzeugung fassten, daß sie es mit einer äußerst gottesfürchtigen, frommen Dame zu tun hätten! Wie mit dem Gelde gewirtschaftet wurde, entzieht sich aller Beschreibung; es lag überall umher, auf Fensterbrettern, Kommoden, Sophas, es schien förmlich wertlos, die Wechsel lagen auf dem Fußboden verstreut, im Ofen steckte ein Sack mit Geld, eine Obligation fand ein wachhabender Soldat an einer Stelle, wo man sie sicher nicht vermuthet hätte. — Der Keller umschloß ein reichhaltiges Lager der besten Weine, nur das kleinste und Ausgetrocknete von Tafelgeräthen z. wurde benötigt, sehr teure Spieluhren und Orgelwerke ergötzten häufig mit ihren sanften Tönen die "fromme Fee", die prächtigsten Equipagen standen bereit, die "Heilige" mit ihrer Gespielin und sonstigen Anhängern durch Stadt und Land zu tragen, man konnte sich im Spizeder'schen Hotel in Wahrheit, wie geschehen, rühmen, daß man zur Reise nach Salzburg die eigenen Relais legen könnte! Und das Alles zumeist von den sauer ersparten Groschen der Dienstboten, Fabrikarbeiter, Tagelöhner, armen Leuten jeder Art. Schade, wenn nicht auch jene dunklen Ehrenmänner, welche stadtbekannt arm wie Kirchenmaße in das Spizeder'sche Geschäft eintreten und nun Barone spielen, in Karossen fahren, die schönsten Häuser besitzen, von Gold- und Brillantschmuck starren, von der Nach erreicht werden sollten! Und da soll man nicht sagen dürfen, daß diese gezeichneten "Ehrenmänner" gehoben haben müssen, wie man zu sagen pflegt, nach Noten, gestohlen bei jeder Gelegenheit, daß die Taschenhälften beriken mögen! Erzählt man ja doch, und es ist sehr alauberwürdig, daß "Adele" einen dieser ihrer "Beamten", der mit der Zahlung und Notierung der Banknoten beraut war, von diesem Posten weg zum Zählen des Silbergedes versezt wurde, weil sein Griff bei den Banknoten gar zu ausgiebig und empfindlich war. Diesen ihren "Beamten" entlassen, mit Schimpf und Schande davonfagen — ja das hätte die fromme Adele wohl gern gethan, aber mußte sie nicht befürchten, daß derselbe alsbald Entbühllungen gemacht hätte, welche die Dachauer Bank sofort geprangt und sie in die Lage gebracht hätten, statt der "Civilsicherheitshälfte" folglich die "Kriminalhälfte" antreten zu müssen? Wahrhaftig, ein schreckliches Gesammtbild! — Nach anderen Schilderungen folgte jeder Entdeckung eines gar zu argen Kassendefekts eine Ohngeignesene und dieser die Verhöhnung beim Chambagner. Abgesehen von ihren "Nebenverbündeten" bezogen die "Beamten der Bank" ein monatliches Gehalt von 100—150 fl. und dazu freie Station. Wie viel die Unterhändler verdienten, mag aus der Thatstache entnommen werden, daß ein zum "Beitreiben" vermöglischer Bauern verwundeter Dienstmann wenige Tage vor dem Zusammenbruch des Instituts auf einen Haushalt 20,000 fl. baar anzahlt. In der That scheint der Schwindel mit jener gemüthvollen Naivität betrieben worden zu sein, welche nach der Behauptung gewisser Publizisten die katholischen Völker vor den protestantischen auszeichnet!

Über die Antezedenzen der Adele Spizeder erfährt man Folgendes: Ihr Vater war der seiner Zeit sehr beliebte Bassbuffo des Berliner Königstädtischen Theaters. Sie selbst war vor ungefähr 28 bis 30 Jahren ein unbedeutendes Mitglied des Strelitzer Hoftheaters; später versuchte sie ohne Erfolg ihr Glück bei verschiedenen süddeutschen Bühnen. Vor etwa 10 Jahren beschäftigte sie sich in Frankfurt a. M. mit dem Ausleihen kleiner Darlehen. Hier soll ihr das Glück zu Theil geworden sein, die Bekanntheit des päpstlichen Grafen Langrand-Dumonceau, der ihr in vertrauter Stunde die von ihm so erfolgreich betriebene Kunst der "Christianisierung des Kapitals" beibrachte, zu machen. Die Schülerin des belgischen Schwindlers hat dann, wie die Dachauer Banken beweisen, ihrem Lehrer alle Ehre gemacht.

### Ö ster r e i ch.

Aus Wien bringt die "A. A. Blg." folgende Nachricht: Viel von sich reden macht und mannigfache Deutungen erfährt ein Erlass des Chefs des Generalstabs, welcher die Generalstabsoffiziere auffordert, sich die Kenntniß der russischen Sprache anzueignen. Es ist für dieselbe gleichzeitig ein eigener Lehrkurs errichtet.

Wien, 18. November. Der "Bresl. Blg." wird von hier geschrieben: Graf Lonyay hat schon wieder Erspartes in dem Ankauf einer Herrschaft um 150,000 fl. angelgt: was wollen Sie, der edle Graf sorgt auch für seine Kinder und will ebenso wenig "müßig gehen" wie Giska — die lieben Kleinen müssen doch Stiefelsohlen und einen "warmen Löffel" in den Leib haben! wer wäre Barbar genug, ihnen das nicht zu gönnen? Und wie denn Lonyay schon in Allem Glück hat — so trifft es sich auch diesmal wieder, daß die Pester Regierung

es plötzlich für nötig findet, die ganz nahe bei dem neu angekaufen Gute des Ministers belegenen Staatseisenwerke an eine Gesellschaft zu verpachten, die sich verpflichtet hat, aus den jetzt Lonyay'schen Waldungen durch 20 Jahre für 50,000 fl. also im Ganzen für eine krude Million Holz zu entnehmen, die Kloster zu dem dort enorm hohen Preise von 3½ fl. Der Deputirte Csernatoni erzählt heute die Geschichte mit seiner vollen Namensunterschrift im "Elenör".

Lemberg, 18. Nov. Der Adressentwurf des Ausschusses sagt:

Der Landtag erneuert in Erfurth den Ausdruck der Treue für den Thron, vertraut der Kaiserl. Huld und ersucht von Sr. Majestät Schutz und Hilfe in der mislichen Lage, welche das Land drückt. Vor vier Jahren formulierte der Landtag die Grundlagen der Bedingungen für die Entwicklung des Landes, er wiederholte dieselben jedesmal vergebens. Die Kaiserl. Thronrede vom 28. Dec. 1871 regte die Hoffnung auf eine günstige Erledigung der so lange hingezogenen Angelegenheit an, da dieselbe unter den wichtigsten Staatsbedürfnissen Erwähnung fand, und da die Staatsmachtstellung und Reichseinheit in Galizien nicht nur keine Gegner, sondern bereitwillige, tief überzeugte Vertheidiger hat. Leider sieht der Landtag, daß diese für das Land und Reich so wichtige Angelegenheit Vorurtheile und Schwierigkeiten findet, die gezeigt sind, die hochherigen Absichten Sr. Majestät zu hinterreiben. Mittlerweise erleidet das Land Schaden durch die geringe, unbestimmte Autonomiestellung und durch das immerwährende Provisorium. Gesetzesmängel und Kompetenzkonflikte paralyzieren die legislative und administrative Thätigkeit allseitig. Die angeläufigten Wahlreform-Entwürfe erregen verschiedene Deutungen und Befürchtungen. Der galizische Landtag besteht durch das von Sr. Maj. garantirte Landesstatut das Recht der Reichsraths-Befriedigung; dieses Landtagsrecht ohne Landtagserwilligung anzuordnen, hieße die bestehenden Grundlagen der Ordnung vernichten und das Verfassungsrecht untergraben. Der Gerechtigkeit Sr. Maj. vertrauend, überläßt der Landtag das Land der kaiserlichen Obhut, Gottes Segen herablassend.

Bpest, 18. November. Das an standalöse Szenen gewohnte ungarnische Abgeordnetenhaus erlebte heute einen Skandal, wie er in seinen Annalen noch nicht verzeichnet steht. In Departuren- und Finanzkreisen herrscht hierüber die größte Aufregung, da, was vorgekommen, unabdingt weitere Folgen haben muß.

Der Justizminister Bauer beantwortet die Interpellation Csernatoni's betreffs Ernennung Batagliarini's zum Richter der königlichen Tafel und weist nach, daß der frühere Finanzminister Bitto hiezu vollständig berechtigt gewesen sei und aus Opportunitätsrücksichten nichts Anderes thun konnte. Er habe übrigens Abhilfe getroffen, indem er Batagliarini des Referirens enthoben habe. Csernatoni ist mit der Abhilfe zufrieden, nicht aber mit der Vertheidigung des früheren Ministers. Er nimmt Gelegenheit, das ganze Vorgehen der Regierung zu kritisiren, die zu wenig magyarisch sei. Die Regierung fordere die Germanisation. Sie sei ja wenig ungarisch, daß sie keine Existenz-Berechtigung habe; denn daß eben die Minister sich Häuser bauen und Güter kaufen, sei keine Existenz-Berechtigung. Darauf folgten stürmische Rufe: "Zur Ordnung!" (Widerspruch links). Furchtloser Vornay erhob sich ganz bleich, setzte sich wieder nieder und wußt dem Präsidenten. Um die Minister bildet sich eine Gruppe deunistischer Abgeordneter. Der Vizepräsident Bela Perczel sagt: Ich fordere den Redner auf, seine gegen die Regierung gerichteten Worte zu interpretieren. Csernatoni: Gut, ich will interpretieren. Ich sage schärfer auf Vornay hinweisend, daß in Ungarn sich Jedermann begeären und bereichern darf, nach Belieben, jedoch Minister nicht ohne Missdeutung. Hier ist die Sache jedoch umgekehrt. Hier wird Jedermann arm, und die Minister bereichern sich. Erneuter Sturm folgt. Große Verwirrung. Rufe links: Geschäftshuber! Wucherer! Rufe rechts: Das ist eine Schmach! Das darf nicht geduldet werden! Zur Ordnung! Csernatoni (noch langer Unterbrechung fortlaufend): Ich verächtige nicht, ich spreche bloß meine Ansicht aus über die rechte Bereicherung der Minister. Ministerpräsident Lonyay antwortet auf die Ausfälle Csernatoni's, er könne unter Verufung auf seine dreißigjährige makellose Vergangenheit und sein reines Bewußtsein dem Redner und allen Deneden, die aus dessen Verleumdereschule hervorgegangen sind, nur mit seiner Verachtung antworten. Csernatoni's Vergangenheit speziell will er nicht ventilieren. Jeder kennt sie und man weiß, daß diesem nur der Held die Worte in den Mund gibt, den er gegen Jeden empfindet, der auf ehrlichem Wege Vermögen erwirkt. Die ganze Mode des Ministerpräsidenten wird von der Rechten mit lebhaftem Beifall, jeder Passus, selbst die schärfsten, mit Eisen aufgeworfen. Csernatoni (ganz niedergeschlagen und verwirrt): Mein hinziges Temperament war vielleicht schuld daran, daß ich vorher etwas bestigt geprüft habe. Jetzt sage ich jedoch dem Herrn Ministerpräsidenten ganz ruhig, daß auf seinen Angriff meine Antwort nur die gleiche sein kann: die Verachtung. Auf das, was er hier vorgebracht, will ich nicht weiter zurückkommen. Es urtheile hierüber das Haus. Auch berufe ich mich auf den gewesenen Präsidenten des Hauses, auf Somfisch. Uebrigens sage ich nur das Eine: So wie der Ministerpräsident geprüft, so spricht kein anständiger Mensch. (Furchtbarer Lärm; von beiden Seiten verlaufen die Abgeordneten ihre Sitze; Schreien; Läuten.) Ghizy beantragt den Übergang zur Tagessitzung. Somfisch: Ich sage bloss, daß über das, was hier gesprochen wird, nicht ein Einzelner, sondern das Haus zu urtheilen hat. — Unter dem noch fortdauernden Lärm heelt sich der Vorsitzende, die Sitzung zu schließen. Die Abgeordneten blieben trotzdem noch lange im Hause. Große Gruppen dispuieren in den Korridoren und noch auf der Straße. Die Aufregung ist eine ungemeine. Von der Sitzung aus versammelte sich die Deakpartei im Club. Dort wurde besprochen, in der nächsten Sitzung, gelegentlich der Protokollverlesung, eine Rüge für Csernatoni zu beantragen und den Vizepräsidenten Perczel zum Rücktritte aufzufordern. Lonyay wurde frant nach Hause gebracht.

Bpest, 19. November. Die Aufregung über den Csernatoni-Skandal hat sich seit gestern nicht gelegt, sondern eher gesteigert. Es geht dies aus folgenden zahlreichen Depeschen hervor, die wir österreichischen Blättern entnehmen:

Lonyay fordert volle Genugthuung, und das Ministerium, welches gestern mit Ausschluß Lonyay's einen Ministerrath hielt, beschloß die volle Solidarität mit seinem Chef, da Csernatoni nicht bloss Lonyay, sondern alle Minister beleidigte. Wenn das Haus dem Kabinete nicht voll Genugthuung zu schaffen vermöge, so will es resignieren. Die Deak-Partei will nach dem Präsidens, welches Daniel František dadurch geschaffen, daß er dem früheren Justizminister Horvath, den Mörder Böszörmenyi's genannt, in der nächsten Sitzung beantragen, daß Haus solle seine entschiedene Missbilligung über Csernatoni's Auftreten aussprechen. Allein auch Csernatoni wird dann sprechen und verlangen, daß Haus solle wegen der dunklen Anspielungen Lonyay's auf Csernatoni's Vergangenheit gegen diesen die Untersuchung verhängen. Lonyay's Anspielung bezieht sich darauf, daß die ungarische Emigration in Paris unter dem Vorrite des Grafen Teleki und in Anwesenheit Bitto's als Schriftführer Csernatoni aus dem Club ausschloss, weil er im Verdachte stand, österreichischer Polizei-Spieler zu sein. Heute hält der Deak-Club eine Konferenz in dieser Angelegenheit. Sämtliche deunistische Blätter besprechen das Tagesereignis, den Skandal im Abgeordnetenhaus. Der "Pester Lloyd" findet, daß Szenen wie die geistige geeignet sind, die politische Hege monie des magyarischen Stammes, die nur im Parlamentarismus beruht, zu untergraben. Der "Ung. Lloyd" hält die Stellung Lonyay's für gefesteter als jemals; durch bloße Verdächtigungen erreicht Csernatoni niemals seinen Zweck, das Kabinett zu stürzen. "Natio" macht Perczel heftige Vorwürfe und sagt, seine Knochen- und Kopfslogigkeit trage an Alem schuld. Csernatoni habe den Parlamentarismus infiziert. Wenn es gestattet ist, mit solchen allgemeinen unvermeidlichen Verdächtigungen derartige Skandale hervorzurufen, dann muß der Parlamentarismus aufhören und das Abgeordnetenhaus wird zur Schenke, wo Beflankte einander die Köpfe einschlagen. "Reform" sagt, solche Skandale müssen selbst um den Preis einer Belohnung der Redefreiheit verhindert werden. Man muß ein Gesetz schaffen,

welches dem Hause gestattet, solche Abgeordnete auszuschließen. Die Oppositiions-Blätter beobachten dieses Stillschweigen. Nur "Magyar Ujtag" sagt, der geistige Skandal sei nur unter diesem "Ministerium möglich gewesen; deshalb werden die Skandale fortduern, bis das Kabinett resignirt. Gestern Abend traten sämtliche Minister, mit Ausnahme des Grafen Lonyay, aus Anlaß der Vorfälle im Abgeordnetenhaus zu einer vertraulichen Sitzung zusammen, um angesichts der Angriffe, welche gegen die Minister insgefallen, um gegen den Kabinetts-Chef gerichtet wurden, die fernere Haltung zu vereinbaren. Auch im Deak-Klub wurde das Tagesereignis lebhaft erörtert. Man bedauerte, nicht sofort eine Kundgebung des Hauses provoziert zu haben. Ueber die ferneren Schritte laufen die Amtchen bunt durch den Partei-Konferenz erfolgen. Die "Reform" schreibt: "Gestern Abend waren die Minister bei Deak, der leidend ist und das Bett hüten muß, und konfiriren über dieselbe Angel-gegenheit. Lonyay soll erklärt haben, daß er zurücktrete, wenn ihm die Deak-Partei nicht volle Satifaktion gebe; dieser Erklärung habe sich das ganze Ministerium angeschlossen. Die deunistischen Blätter verurtheilen einstimmig den geistigen Skandal im Abgeordnetenhaus und betonen, daß die Partei sich um so fester um die Regierung schaaren müsse, um ähnliche Ereignisse für die Zukunft unmöglich zu machen. Die oppositionellen Blätter schweigen, bis auf "Magyar Ujtag", die noch viele solche Szenen prognostizirt.

Lonyay reiste heute nach Gödöllö, um dem Kaiser persönlich über die Vorfälle im Abgeordnetenhaus zu berichten. Vize-Präsident Perczel hat vielen Abgeordneten gegenüber erklärt, er werde resignieren.

### G r a n t r e i c h.

"Bien public" veröffentlicht folgendes Birkular des Kriegsministers: Versailles, 4. Novbr. 1872. General! In der diesjährigen Prüfung der Offiziere, welche sich um Zulassung zu der Generalstabs-Akademie beworben haben, stellte sich bei der Mehrzahl derselben für den militärischen Aufsatz und Styl, sowie für die Ausführung der topographischen Zeichnung eine Schwäche heraus, wie man sie von jungen Offizieren, die als Kandidaten für diese Akademie auftreten, schlechterdings nicht hätte erwarten sollen. Demnach bitte ich Sie, den unter Ihren Befehl stehenden Offizieren, welche sich um einen Platz in dem Generalstabs-Corps bewerben wollen, zu eröffnen, daß in Zukunft bei der Prüfung der Kandidaten in den genannten Gegenständen mit der grössten Strenge verfahren werden wird. Genehmigen Sie z. C. E. Cissé.

Die Bedenken gegen den neuen Handelsvertrag mit England mehrten sich von Tage zu Tage. Die Botschaft hat bekanntlich mit größter Bestimmtheit verkündet, daß der Vertrag und mit ihm die Rohstoffzölle am 1. Dezember in Kraft treten werden. Das "Journal des Débats" hat aber bereits bemerkt, daß dies angesichts des Art. 7 des Gesetzes vom 26. Juli 1872 unmöglich sei. Dieser Artikel lautet: Von den in der Industrie verwendeten Rohstoffen darf kein Zoll erhaben werden, so lange nicht äquivalente Compensationszölle auf die aus ähnlichen Rohstoffen hergestellten fremden Fabrikate in Kraft gesetzt sind." Eine klarere Vorschrift ist nicht denkbar. Ebensowenig ist aber die Möglichkeit denkbar, daß die betreffenden Compensationszölle bis zum 1. Dezbr. eingeführt werden könnten, da dazu die Zustimmung sämtlicher mit Frankreich noch durch alte Handelsverträge verbündeten Staaten erforderlich wäre, wo zu bekanntlich keine Aussicht vorhanden ist. Die Einführung der Rohstoffsteuer am 1. Dezember wäre also nur möglich, wenn die Nationalversammlung durch ein neues Gesetz jenen Art. 7 befehlte; wenigstens ist nicht abzusehen, welche anderen Mittel Herr Thiers zu Gebote stehen könnten.

### S p a n i e n.

Wie dem "Tiempo" aus Barcelona gemeldet wird, soll dort eine solche Gährung herrschen, daß man für gut befand, die Garnison der Stadt zu verstärken. Außerdem ist die Verbindung von Barcelona mit mehreren größeren Städten Cataloniens infolge der Zerstörung der Eisenbahnen und Telegraphenlinien durch die Bande von Saballs unterbrochen.

### I t a l i e n.

Rom, 11. November. Wenn die "Gazzetta d'Italia" dem Papst zumuthete, auf die von der italienischen Regierung ausgeführte Civil-Liste, die in der Summe von mehr als sieben Millionen lire unangefasst dalieg, zum Besten der Po-Ueberschwemmungen zu verfügen, so war das aufrichtiger gemeint, als die klerikale Presse behauptet. Als der Papst von dem Vorschlage hörte, war er gar nicht abgeneigt, darauf einzugehen, was selbst die klerikalen Blätter einräumen, allein die fanatischen Umgebungen Sr. Heiligkeit hat die formelle Bestimmung, die doch zur Erhebung der Summe im Bureau der öffentlichen Schuld nötig war, zu rechter Zeit zu hinterreiben gewußt. — Die Ausfunk über die im Vatikan seit zwei Jahren bewahrten Waffen aller Nationen, wie sie die liberalen Blätter in letzter Woche mit aller Gewaltigkeits gaben, hat am meisten im Vatikan selber überrascht. Die klerikalen können die Thatstache nicht in Abrede stellen, sie behaupten nur, der Papst werde nie in den Fall kommen, Gebrauch davon zu machen. Er sei ein Streiter Christi, der sich dergleichen entrathen könnte, angehan mit dem Panzer und dem Schild des Glaubens. Die Gegner aber gehen weiter, die Verstecke im Vatikan zu enthüllen. Es wären 600 ehemalige Soldaten mit der schweizer Leibgarde, welche für das päpstliche Kontingent gelten können, für einen Handstreich in günstiger Stunde völligzureichend. Die National-Liberalen ärgern sich darüber, sie sehen darin eine Anomalie, welche die Garantien nicht anerkennen; allein nach eben diesen Garantien ist doch der Papst Souverän und Italien stößt auf dem Petersplatz an die Grenze des heutigen Kirchenstaates.

### T ü r k e i u n d D o n a u f ü r s t e n h ü m e r .

Konstantinopel, 15. November. Trotz der Ver sicherung, welche der englische Botschafter aus des Sultans eigenem Munde erhalten, daß im Kabinett sich nichts ändern solle, ist doch plötzlich ohne Wissen des Großveirs, Namik Paşa, ebemaliger Saatsrath-Präsident unter Mahmud Paşa, zum Marine-Minister ernannt und Mustapha Paşa, der diesen Posten bisher inne gehabt, zum Gouverneur von Erzerum und zum Kommandeur des 4. Armeekorps, sein Vorgänger aber, Sami Paşa, zum Polizeiminister ernannt worden. Und dies geschah während des Namazan-Metza Effendi's zum Scheit ul Islam hat großes Aufsehen gemacht, und man fragt sich, ob dieser ganz willkürliche Personenwechsel nicht etwa die Wiedereinsetzung Mahmud Paşa's einleiten soll.

### R o m P a u d t a g e .

#### 4. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

&lt;p

berger (Koblenz), v. Cranach, Löwe, Virchow, Holtz, v. Gotliberg,  
v. Kameke und Glaser.

Aug. Dr. zu man (Posen): Unsere bisherige Stellung hat Ihnen den Beweis gegeben, daß wir prinzipiell der Vorlage nicht entgegentreten. Es ist nur die Ausnahmestellung in welche wir durch § 182 hineingedrängt sind, die uns die Vorlage unannehmbar macht. Jeder wird zugeschreibt, daß es einen eigenhümlichen Eindruck macht, wenn man gewissermaßen zum Hauptthor hineingeführt wird, um ebenso schnell zur Hinterthür wieder hinausgewiesen zu werden. Welches ist nun der Grund dieser Ausnahmestellung? Der Grund ist einzig und allein ein politischer. Sie müssen Deutsche werden, hat uns seinerzeit der Minister Ennenburg gesagt. Eine derartige Forderung, buchstäblich genommen, wird uns Niemand zumuthen können, sie wäre ebenso ungerecht als unausführbar. Sie kann vernünftigerweise nur die Bedeutung haben, daß wir uns in das Staatswesen, dem wir zugewiesen sind, einleben sollen. Dies aber kann und wird nur geschehen, wenn im Einzelnen unser angeborenes und verbiestest Recht, unser heimatliches Wesen, unsere Sprache, unsere Eigenthümlichkeiten, gepflegt und gefördert werden. Von alledem aber ist zeither und namentlich in der letzten Zeit regierungsseitig das gerade Gegenteil geschehen. Unsere Sprache wird aus dem öffentlichen Leben verbannit, auf Schritt und Tritt verdrängt, unsere Schulen sind nicht allgemeine Bildungsanstalten des Geistes, sondern sind zu politischen Polizeianstalten gemacht; oder soll es uns etwa anheimeln, wenn die Regierung sich nicht scheut, demonstrative Säcularfeiern in Szene zu setzen, deren Tendenzen offen liegen, und wenn sie veranlaßt oder gut heißt, daß öffentliche Beamte Gelder anweisen zu Demonstrationen, deren politische Berechtigung zum mindesten problematisch ist, die aber Hunderttausende von Bewohnern unserer Landestheile in tiefen und gerechten Unwillen versetzen? Was ist uns übrig geblieben von den Versprechungen, die Sr. Majestät hochseliger Vater vor etwa einem halben Jahrhundert unseren Vätern gegeben? Nichts als ein System der Verkümmерung, und der Verfolgung und der Unterdrückung. Die Geschichte lehrt auf jeder Seite, daß Unterdrückung und Verfolgung beredtigter Ideen und deren Vertreter noch niemals zum Siege geführt haben. Vor Kurzem hat bei Gelegenheit der Berathung desselben Gesetzentwurfs im anderen Hause ein früherer Staatsminister die Ansicht ausgesprochen, daß aus den Landestheilen, von welchen wir sprechen, ein Volkwerk nach Osten geschaffen werden müsse. Nun, meine Herren, ohne mich auf weitere politische Konstellationen einzulassen, glaube ich, daß dieses Volkwerk leicht geschaffen werden kann durch ein Bauberwort und das heißt Gerechtigkeit. Ein tief denkender Philosoph war es, der den Ausdruck that: *justitia fundamentum regorum*. Beberzigen Sie dies Wort. Ueben auch Sie Gerechtigkeit, inde a Sie uns an den Wohlthaten eines Gesetzes theilnehmen lassen, das Sie für das ganze Land als gut anerkannt haben; machen Sie es uns nicht unmöglich, mit Ihnen für das Gesetz zu stimmen. (Beifall links.)

Der § 182 der Kreisordnung lautet: „Auf die Provinz Posen findet die gegenwärtige Kreisordnung bis auf Weiteres keine Anwendung; sie kann jedoch in ihrer Gesamtheit oder in einzelnen Theilen für die ganze Provinz oder für einzelne Kreise derselben durch königliche Verordnung in Kraft gesetzt werden. Bis dahin bewendet es bei den bestehenden Verschriften.“

Abg. Blaenkenburg (für die Vorlage): Ich spreche heute, weil es sich noch immer darum handelt, dem Lande das volle Verständniß für die Bedeutung und Tragweite der heutigen Verhandlung zu erschließen und Mißdeutungen zu begegnen, denen die Konzessionen, die ich und viele mit mir der Regierung zu machen bereit sind, leicht unterliegen können. Zunächst haben die negativen Leistungen des Herrenhauses das allgemeine Interesse in höherem Grade in Anspruch genommen als die positiven des Abgeordnetenhauses. Namentlich in den jüngeren Provinzen wird das Gesetz gewissermaßen als ein Lokalgesetz behandelt, während es in Wahrheit der Nation den vollen Antheil an der Verwaltung erübrigten und die Verfassung zur Wahrheit machen soll. Die darin liegenden großen Ideen sollen später auch für die neuen Provinzen zur Geltung gelangen. Mit volstem Recht hat die Regierung ihr Reformwerk in den alten Provinzen begonnen, in denen noch viele politische, soziale und wirtschaftliche Schranken bestehen, die im übrigen Deutschland bereits durch die Stürme im Anfang dieses Jahrhunderts längst weggerissen sind. Weil die Niederlegung dieser Schranken ein nationales Werk ist, darum nimmt Süddeutschland an dem Reformwerk einen so lebhaften Anteil. Zur Sache selbst bemerke ich nur, daß der Kreisausschuß, der präziseste Ausdruck der Selbstverwaltung, durch Niemand glänzender gerechtfertigt worden ist als durch Herrn von Kleist - Reizow und ebenso das System der Verwaltungsgerichte durch den Grafen zur Lippe. Dagegen habe ich zwei negative, gewissermaßen destruktive Momente des Gesetzes in Beacht zu ziehen, um meinen konservativen, mit freimaurerischen Überzeugungen durchaus vereinbarten Standpunkt zu wahren. Die politischen Burschenjahre liegen hinter uns, in welchen Konservativ und Liberal als unverlöhnliche Gegenseite betrachtet wurden; die Herren (links) sind konservativ und die Schlafabstimmung wird zeigen, wie weit das liberale Prinzip nach der rechten Seite hin an Boden gewonnen hat. (Heiterkeit.) Als solche negative Momente bezeichne ich den Bruch mit dem Feudalismus und dem Bürokratismus. Im Herrenhause hat man das für eine hohle Phrase erklärt, dennoch aber die Erblichkeit der Krone sehr scharf betont und mit dem Ständewesen in Verbindung gebracht. Dasselbe ist auch hier geschehen, wo man sogar den Lehn- und Erbshulden mit der Erblichkeit der Krone in Konkurrenz gebracht hat. Wäre dem so, so würde ich vielleicht gegen das Gesetz stimmen, oder meinen Wohnsitz im fernen amerikanischen Westen wählen. (Heiterkeit.) Ich bin durch und durch Monarchist. Die preußische Königs-Krone ist nur insofern feudalen Ursprungs, als sie in den Stammhäusern der Burggrafen von Nürnberg und der Grafen von Hohenzollern wurzelt. In Wahrheit ist sie die Negative des Feudalismus, des absoluten nicht weniger als des konstitutionellen und einer Kreisordnung. Da der Feudalismus bricht, ist im wahren Sinne konservativ. Das ist die Konsequenz unserer geschichtlichen Entwicklung. Ich bin wohl berechtigt, meine Behauptungen zu motivieren, da es sich nicht blos um die Kreisordnung, sondern auch um eine Reorganisation des Herrenhauses handelt. Allerdings hat der Feudalismus großartige Verdienste um die Zivilisation des Abendlandes, aber es ist auch nicht zu verlemen, daß derselbe den Keim des Unterganges in das deutsche Königthum gelegt hat. Das deutsche Reich ist nur dadurch wieder zur Kraft gelangt, daß es den Feudalismus unterdrückt; die Entstehung der Einzelsovereinigkeiten beruht darauf. Dieser Gang der Geschichte wurde im westfälischen Frieden sanktionirt, und nachdem erst krierte Preußen seinen größten Sieg über das Junkerthum. Denken Sie, m. H., an den rocher de bronze, an die Fürsorge Friedrichs des Großen, den Adel in der Armee und am Hofe dienstbar zu machen. Sein Staat ist der Kristallisierungkörper für ein neues Reich geworden, und so ist das preußische Königthum in Wahrheit die Negative des Junkerthums; darum fort mit allen Feudalrechten aus Herrenhaus und Kreisordnung! (Heiterkeit.) Der Redner wendet sich jetzt gegen die verrottete Aufschauung, als ob noch heute eine Herrschaft der Bürokratie möglich sein könnte, wie sie durch die Regierungsinstruktion von 1817 geschaffen wurde. Die Zeiten, meint er, sind vorüber, wo Männer wie Bodelschwingh und Vincke das Land durchwandern und sich bei jedem Postillon und jeder Wirthin erkundigen, wo etwas faul im Staat ist. Die Bürokratie ist zum Feudalismus herabgesunken, darum auch mit ihr fort aus der Kreisordnung! Die gegenwärtige Regierung wird unhaltbar, wenn sie dieses System der Bürokratie, die personifizierte Zeitvergeldung beibehält. Diese Verschleppungen nehmen ein Ende, wenn sich die 40–60.000 Nummern, welche das Ministerium des Innern pro Jahr zu bewältigen hat, sich auf 20 bis 30 Kreise vertheilen. Einen sehr hohen Werth legt der Redner ferner darauf, die Konzessionen, welche die Regierung gegenwärtig macht, vor Mißdeutungen zu schützen. Der Hauptpunkt dieser Zugeständnisse betrifft nach seiner Ansicht die neue Eintheilung der Wähler zum Kreistage, und die neue Regierungsvorlage schließt sich dem Entwurf der Herrenhaus-Kommission eng an. Die Aenderung gegen früher ist vorwohl liberal als zweckmäßig; liberal, weil sie die Steuergrenze auf 75 Thlr. erniedrigt, zweckmäßig, weil sie endlose Schwierigkeiten und Weitläufigkeiten beseitigt und die Bedeutung des Amtsbezirks so klar definiert. (Hört! Hört! rechts). Bisher ist derselbe nur ein sehr schwer

verständlicher Begriff gewesen. Daß in Bezug auf die andern Provinzen die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt sind, halte ich für rechtfertigt und keineswegs ein Prinzip verkehrend. Alles andere scheint mir von geringerer Bedeutung. Sehen wir, was das Gesetz schafft und was es hinweghebt, so zeigt sich ein Fortschritt in unserer organischen Entwicklung, wie er auf friedlichem Wege seit den Tagen Steins nicht gemacht ist. Warum darf ich wohl hoffen, daß auch auf dem äußersten Flügel der linken Seite, wo die von uns geforderten Konzessionen verletzt haben, dennoch das Große, was durch das Gesetz geschaffen werden soll, nicht verkannt wird. Da ferner neben der Selbstverwaltung auch ein Hauptzweck des Gesetzes die Dezentralisation der Verwaltung sein soll, so möchte ich der Regierung noch ans Herz legen, diesen Punkt auch bei den künftigen Provinziedi-  
nungen im Auge zu behalten. Hier bietet sich der einzige Weg, Preußen in Bezug auf seine Kulturrentwicklung mit den übrigen Staaten ins Gleichgewicht zu bringen. Im zentralisierten Preußen wird die Reichshauptstadt stets vorwalten, und die Provinzen sind in Gefahr zu verdorren. Es gilt also, die Provinzen in den Stand zu setzen, unter sich und mit den übrigen Landen des deutschen Reiches in eine würdige Konkurrenz zu treten auf allen Gebieten der Kultur und Geistung. Ich hoffe, daß dies geschehe, damit wir diejenigen Lande nicht zu beneiden haben, die als kleinere Staatskörper in den großen Nationalverband eintreten.

Abg. v. Mallinckrodt gegen die Vorlage. Ich erkenne gern an, daß der Vorredner die Kreisordnung nach allen seinen besten Kräften vertheidigt hat. (Heiterkeit.) Indessen, wenn er seine Rede damit einleitete, daß er auf das Bedürfniß hinwies, das Verständniß des Gesetzes im Lande zu erleichtern und zu fördern, dann bin ich geneigt, einen Preis auf den Nachweis dafür zu setzen, daß seine Ausführungen zum größeren Verständniß des Gesetzes auch nur um eines Haars Breite beigetragen haben. (Heiterkeit. Sehr gut! rechts.) Vom grünen Tisch aus und durch die doktrinäre Brille betrachtet, hat das Gesetz für uns einen wohlthuenden Eindruck. Es ist fleißig und glatt gearbeitet, die Institutionen, die es bringt, stehen in logischem Zusammenhang, es habt die allezeit gewünschte größere Selbstverwaltung an. Das Alles sind sehr schöne Eigenschaften, aber sie reichen nicht aus, um darzuthun, daß das Gesetz auch wirklich ein gutes sei. Dazu gehört vor allen Dingen, daß das Neue auch in den realen Verhältnissen des Landes eine feste Unterlage habe. Wenn ich in dieser Hinsicht das Gesetz einer Prüfung unterziehe, so habe ich zunächst zurückzugehen auf die Verschiedenheit, die zwischen der heutigen Vorlage und den früheren Beschlüssen des Hauses liegen. Ich greife nur wenige Punkte heraus, zufächst denjenigen, der eine Lebensfrage des Gesetzes berührt, das ist die Bildung der Wahlverbände. Der Grundgedanke, in dessen Ausführung es sich hier handelt, ist die Abgrenzung der beiden durch die geschichtliche Entwicklung in Deutschland auf dem platten Lande ausgebildeten beiden Stände und Klassen, die in den hier in Rede stehenden Provinzen in prägnanter Weise nein einander gelagert sind, nämlich des mittleren oder kleinen Grundbesitzes und des Großgrundbesitzes. Es fragt sich, ist es gelungen, dieser natürlichen Abgrenzung in dem Gesetz einen den Verhältnissen entsprechenden Ausdruck zu geben? In dem § 86 des früheren von Ihnen beschlossenen Entwurfs hatten Sie drei Alinea angewonnen. In dem ersten wurde, was ja im Allgemeinen den liberalen Ideen recht zusagt, ausgesprochen, es käme auf die Steuerbeiträge an. Sie theilten diese in zwei Theile und sagten, wer zu der ersten Hälfte beiträgt, gehört zu den Großgrundbesitzern, wer zu der anderen, zu den Gemeinden. Die Anwendung dieses Prinzips führte dann zu dem Resultat, daß im Kreise Salzwedel 900 Großgrundbesitzer vorhanden sind, im Kreise Oppeln 608, im Kreise Waldenburg 520 und im Kreise Luckau 447. Das war natürlich etwas zu arg, und es bedurfte nun dieses schönen liberalen Prinzip einer Korrektur. Diese ließ sich ja nun leicht finden durch einen anderen recht hübschen Gedanken, nämlich durch die Grundsteuer. Da hieß es nun, ein Großgrundbesitzer ist, wer ein bestimmtes Quantum Grundsteuer zahlt, und als solche Quote wurden 75 Thlr. festgelegt. Was hatte das nun für Folgen? Im Kreise Salzwedel wurden von den früheren 900 nicht weniger als 885 Großgrundbesitzer wieder aus der Liste herausgeworfen und es blieben ganze 15 übrig, im Kreise Oppeln mußten 595 das Feld räumen und es blieben 13, im Kreise Waldenburg blieben von 520 12 übrig (Heiterkeit rechts), im Kreise Luckau von 447 nicht mehr als 29. Nun war aber zufällig der Berichterstatter der Kommission aus dem Kreise Delitzsch, und da stellte sich in diesem Kreise die Sache noch viel bedenklicher. Deshalb wurde nach einem dritten Prinzip gesucht, und das wurde auch glücklich gefunden. Es paßte nämlich das Verhältniß, wenn man zu den beiden Bedingungen als eine dritte noch die Bedingung des Flächenraumes hinzufügte, nämlich so und so viel Hektare; dann regulirte sich die Sache, dann wurde sie befriedigend im Kreise Delitzsch. (Sehr gut!) So kam man denn dazu, noch fernere 75 Großgrundbesitzer, die nach den früheren beiden Bedingungen noch vorhanden waren, zu befreiten und es blieben nun einige 90 übrig; dafür hatte man die Genugthuung, im Kreise Delitzsch genau das Richtige getroffen zu haben. Nun hat die Regierung im gegeuwärtigen Entwurf den Grundsteuerbeitrag von 75 Thlrn. akzeptirt und die andern beiden Bedingungen befeitigt. Der Minister sagt uns dabei, die statistischen Nachrichten geben die Verhügigung, daß nun das Richtige getroffen sei. Die Regierung hat doch schon seit langer Zeit das statistische Material; warum hat sie uns denn im vorigen Jahre den Steuersatz von 100 Thlrn. als Maßstab vorgelegt? Diese 100 Thlr. entsprechen ungefähr dem Grundsteuer-Reinertrag von 1000 Thlrn. Die frühere vor 10 Jahren vom Grafen Schwerin eingebrachte Kreisordnung zog die Grenze gerade doppelt so hoch wie die ursprüngliche Vorlage der jetzigen Regierung, nämlich bis 2000 Thlr. Grundsteuer-Reinertrag. Sie sehen also, wie sehr schwankend die Vorschläge von liberaler Seite in dieser wichtigsten Frage des Gesetzes sind. Die gegeuwärtige Vorlage bringt Ihnen gleichfalls eigentlich ein ganzes Bouquet verschiedener Grundsteuerquoten. Da haben Sie zuerst die 75 Thlr. und dann soll eine künftige Provinzialgesetzgebung die Möglichkeit bieten, wieder bis zu 100 Thlr. heraufzugehen. Das aber ist doch gerade zu unmöglich; das wäre ja gerade so, als ob Sie das allgemeine Stimmrecht wieder zurückdraußen wollten in die Dreiklassenwahl. Das geht nicht. Dann haben Sie ferner die Ausnahmen für Sachsen und Neuvorpommern, für den Regierungsbezirk Stralsund. Jeder Fehler, meine Herren, in dieser Grenzbestimmung, den Sie in Folge dieser Verschiedenheiten machen, wird sofort verbänglich, weil er nicht mehr zu redressiren ist und krankhafte Zustände hervorruft. In allen diesen Bedenken würde indeß für mich noch kein unübersteigliches Hinderniß liegen, daß Gesetz anzunehmen. Nun kommt aber in dem Entwurf in der That ein derartiges Hinderniß hinzu, weil es ein Hinderniß des Rechts, gewissermaßen nach meiner Auffassung ein Hinderniß der Ehre ist. Ich hoffe, wie es unsre Verfassung an ihre Spitze stellt, auf Rechtsgleichheit im Lande, ich hoffe, daß die Angehörigen des Landes, auch wenn sie polnisch sprechen, nach gleichem Rechte behandelt, mit gleichem Maße gemessen werden, und wenn ich finde, daß zweifaches Maß gebraucht wird, dann bin ich verpflichtet, dagegen Widerspruch zu erheben, auch wenn es mich nicht berührt. Das Land wird geschädigt, wenn die Gerechtigkeit aufhört im Lande zu herrschen. Was liegen für Gründe vor, um der Provinz Posen ein Gesetz vorzuenthalten, von dem Sie glauben, daß es ein Bedürfniß sei für das ganze Land? Sind Sie, m. H., in Deutschland so wenig stark, daß Sie bei der Ausübung der gesetzmäßigen Rechtsgleichheit vor den Bewohnern nichtdeutscher Zunge zittern müßten? Ich meinerseits bin in der Bezeichnung auch nicht entfernt ängstlich und so lange mir nicht zwingende Beweise für die Notwendigkeit von Ausnahmenregeln beigebracht werden, so lange fordere ich unbedingte Gleichheit des Gesetzes. Dazu kommt noch Eins. Die frühere Vorlage der Regierung hatte doch wenigstens gesagt, daß Gesetz solle in der ganzen Provinz Posen nicht gelten. Sie aber haben die Sache noch viel schlimmer gemacht durch die Bestimmung, daß das Gesetz kreisweise durch Kabinettsordre eingeführt werden könne. Dadurch spitzt sich die Sache zu einer Gewaltmaßregel zu gegen die Kreise polnischer Zunge und gegen die polnische Nation und das kleidet doch namentlich die Parteien sehr wenig, die immer überfließen von Nationalgefühl. Sie haben kein Recht, einer andern Nation ihr Nationalgefühl zu verkümmern. Fordern Sie Gehorsam, Achtung des Rechts, mehr zu fordern haben Sie kein Recht. Schließlich kommt für mich noch eine

Erwägung hinzu, die gerade in diesen Tagen besonders in den Vordergrund getreten ist, das ist die Stellung des Herrenhauses. Ich kann nicht sagen, daß ich für meine Person eine übermäßige Berechnung für die Thaten des Herrenhauses habe. Ich finde namentlich, daß in den letzten Jahren das Herrenhaus, ähnlich, wie es ja sonst der konservativen Partei wohl wiederaufgefunden ist, ihre ursprünglichen Prinzipien so im Gehen verloren hat. (Sehr wahr links, oho! rechts.) Ich habe außerdem, wenn es gestattet ist, von dieser Stelle eine kritifirende Bemerkung auszusprechen, dem Herrenhause den Vorwurf zu machen, daß in den wirklich konservativen Ideen die junkerlichen Ideen seit Jahren eine gar starke Rolle mitgespielt haben. Das ist meines Erachtens, namentlich für einen so hoch gestellten Staatskörper durchaus verwirrlisch. Indessen, m. h., das Herrenhaus ist und bleibt ein wesentlicher Faktor unseres ganzen Verfassungsbauens. Das müssen alle Dingen anerinnern, die überhaupt einem Zweikammerystem den Vorzug geben vor dem Einkammerystem. Es ist wesentlich, daß jeder der drei Faktoren sich unter allen Umständen in aller Freiheit bewegen kann. Wenn er das nicht kann, dann ist die Maschinerielahm gelegt. So wie ich niemals auf Seiten Derjenigen stehen werde, die etwa geneigt sein könnten, die volle Freiheit der Krone in der Wahl ihrer Rathgeber irgendwie zu hindern, und so wie ich niemals eintreten würde, wenn man den Versuch machen sollte, auf gewaltsame Weise die Stimmenverhältnisse in diesem Hause zu korrigiren, ebenso werde ich immer widerstreben, wenn ich sehe, daß auf anderer Seite die Freiheit des dritten Faktors beeinträchtigt wird. Und wenn ich sage, beeinträchtigt wird, dann sage ich eigentlich zu wenig, richtig zu sagen, schon beeinträchtigt ist. Denn die Rede, mit der der Minister des Innern die letzte Abstimmung im Herrenhause eingeleitet hat, die schmeckte doch recht stark nach einer Mahnung, die an Drohung grenzt. Wenn die freie Abstimmung der Mitglieder eines gesetzgebenden Körpers dadurch beeinflußt wird, gegen alle Regel der jetzt seit 12 Jahren oft gepredigten konstitutionellen Gründe auch hohe Personen, die man nicht in die Debatte ziehen soll (sehr richtig!) doch in die Abstimmung einzugreifen suchen, dann, meine Herren, sehe ich darin auch eine Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit, an der das ganze Land interessirt ist (sehr wahr! rechts) und wenn dann oben-drein noch in Aussicht gestellt wird, daß durch ein Hineinschieben von 40, 50 oder noch mehr neuen Mitgliedern in das Herrenhaus die bisherige Majorität gewaltsam erdrückt werden soll, dann, meine Herren, ist ein solches Vorgehen in meinen Augen nicht durch den Hinweis auf die Bestimmungen zu rechtfertigen, daß die Regierung berechtigt ist, Vertrauenpersonen in das Herrenhaus zu senden. Formell mag man sich dahinter decken, materiell geht es weit über den eigentlichen Gedanken der angezogenen Bestimmung hinaus. (Nein, nein! links ja, ja!) Meine Herren! wenn Sie dafür noch Autoritäten verlangen, dann verweise ich Sie (Rufe links: Stahl!) neben Stahl auf den gegenwärtigen Präsidenten des Ministeriums. Meine Herren, diese Erwägung ist für mich eine wesentliche Verstärkung zu dem Hindernis, das ich vorhin als unannehmbar bezeichnet habe. (Reißfest rechts)

Minister Graf zu Eulenburg: Ich kann mit dem Eingange der Rede des Herrn Vorredners, worin er betont, daß jede Neuerung in den realen Verhältnissen des Landes ihre Grundlage finden müsse, mich völlig einverstanden erklären. Ich habe mich nicht nur bemüht, diesen Grundsatz in dem Gesetzesentwurf zum Ausdruck zu bringen, sondern zu meiner großen Genugthuung ist es dem Vorredner auch nicht gelungen, in irgend einem der Punkte, die er besonders hervorgehoben hat, eine Abweichung von diesem Grundsache zu konstatiren. Schr richtig! Er hat die Schwierigkeiten dargelegt, die es gefestet hat, zu Vorschlägen zu kommen, die sich den realen Verhältnissen möglichst anschließen. Der Totaleindruck seiner Rede ist aber doch der, daß er diese Vorschläge nicht so übel findet, daß er ihretwegen das Gesetz ablehnen hätte. (Schr gut! Schr richtig!) Gegen den Vorredner will ich nur bemerken, daß allerdings die Regierung in ihrer Vorlage 1000 Thlr. Grund- und Gebäudesteuer-Reinertrag als Merkmal des großen Grundbesitzes hinstellte, in ihrer jetzigen Vorlage aber auf 75 Thlr. Grundsteuer herabgegangen ist. Allein das ist kein Heraufgehen von 100 Thlr. auf 75, es ist nur ein Heraufgehen von etwa 82 bis 86 Thlr. Grundsteuer auf 75, indem 1000 Thlr. Grund- und Gebäudesteuer-Reinertrag ungefähr diesen Steuersatz darstellen. Die Bestimmungen des Kreisordnungsentwurfes des Grafen Schwerin habe ich nicht ganz gegenwärtig; wenn aber damals, und das ist ja, glaube ich, wohl richtig, 2000 Thlr. Reinertrag als Merkmal des großen Grundbesitzes festgestellt wurden, so muß ich darauf aufmerksam machen, daß damals die Grundsteuer-Regulirung noch nicht stattgefunden hatte, und daß 2000 Thlr. Reinertrag im damaligen Sinne ungefähr auf das hinauskommen, was heut zu Tage 1000 Thaler Grundsteuer-Reinertrag sind. Die Frage dreht sich einfach darum: find die Herren der Ansicht, daß die Rittergäter als solche jetzt noch den großen Grundbesitz darstellen sollen? Dieser Ansicht ist, glaube ich, Herr von Mallinckrodt nicht. Ich habe sie wenigstens aus seiner Rede nicht entnommen. Es bleibt nur übrig, ein Merkmal für den Großgrundbesitz aufzufinden, das heißt, wie Herr v. Mallinckrodt ganz richtig bemerkt, für den Grundbesitz, welcher großartige, landwirtschaftliche Beschäftigung und damit Bildung, Einkommen u. s. w. in einem Maße gewährt, daß die Besitzer solcher Güter eine bevorzugte Stellung bei der Kreisvertretung beanspruchen können. Die Regierung glaubt, daß nach den gemachten Erfahrungen und Besprechungen, nach den studirten statistischen Nachrichten das unter den gegebenen Verhältnissen jetzt richtige Merkmal gefunden und vorgelegt ist. Also hat Herr v. Mallinckrodt keinen Punkt angeführt, der ihn zwingen könnte, gegen das Gesetz zu stimmen, es sei denn der, daß die Provinz Posen dieser Gesetzesgebung gegenüber in einen Ausnahmestand versetzt werden sollte. Der Herr Abgeordnete aus der Provinz Posen, der zuerst sprach, gebrauchte das Bild von der Hinterthür, durch welche man den eben zur Borderthür Eingelassenen wieder entschlüpfen lasse. Das ist allerdings der Eindruck, den das Gebaren der Polen auf uns (die Regierung) macht; die Polen sind es, die, durch die große preußische Borderthür eingelassen, nun durch das Hinterpfortchen entschlüpfen wollen. (Heiterkeit.) Es sei der Regierung nicht genug, erläutert der Minister sodann gegen die Bemerkungen des Herrn von Mallinckrodt, Gehorsam und Achtung vor dem Recht zu fordern; das thue sie ohne zu zittern. Aber, fährt er fort, es ist die Aufgabe der Regierung, den Ungehorsam zu verhindern, nicht zu organisiren, darum will sie vorsichtig die Provinz Posen diese Gesetzesgebung nicht gewähren. (Schr richtig!) Zum Schluß kritisirt der Minister die Äußerungen des Herrn von Mallinckrodt über die Stellung des Herrenhauses. Ich bin allerdings, erklärt er, nicht blos berechtigt, sondern sogar verpflichtet gewesen, eine Mahnung an diese Körperschaft ergehen zu lassen, da uns die vorgelegte Gesetzesgebung am Herzen liegt. Ich mußte es thun, um darauf hinzuweisen, daß die Regierung alle Mittel anwenden wird, diesem so enorm wichtigen Gesetze die Geburt zu sichern. Aber hier in diesem Hause ist man nicht berechtigt, Mahnungen an die Regierung zu richten, ob ein Paragraph gerechtsam sei oder nicht. Ich, m. Hrn., würde im Herrenhause keine Mahnung annehmen, welche darauf hinausginge, daß Abgeordnetenhaus aufzulösen; das, denke ich, sind Sachen, die in der

Abg. Lasker: Der Herr Abg. von Mallinckrodt hat gesagt, daß der Gelegenheitswurf theoretisch richtig ausgearbeitet sei, aber keineswegs den realen Verhältnissen entspreche. Um diesen Vorwurf, der für mich der bedeutendste wäre, zu begründen, hat er mit humoristischer Behandlung der Thatsachen einige Daten vorgetragen. Es ist uns nicht eingefallen, erst den Vorschlag zu machen, daß bis zur Hälfte der Grundsteuer herabgegangen werden soll, und wir haben nicht etwa nachher als eine Korrektur die 75 Thlr. eingeschoben, sondern beides ist gleichzeitig geschehen. Der Herr Abgeordnete hat den Eindruck hervorzurufen versucht, als ob wir von den realen Verhältnissen gänzlich abgewichen wären, weil wir bei einzelnen Gelegenheiten, bei denen wir das Richtige noch nicht ermittelt hatten, dies offen ausgesprochen haben. Dagegen weiß er, daß nirgend so reichlich statistisches Material gesammelt worden ist, als in Beziehung auf die Abgrenzung des Grundbesitzes. — Bis jetzt ist von den Gegnern der Kreisordnung der Inhalt dieser Vorlage von einem kleinen Standpunkte aus behandelt worden. Wir haben uns in den Berathungen überzeugt, daß alle Vorwürfe gegen die Verwaltung in den sechs östlichen Provinzen darin

wurzeln, daß das lebensvollste Glied des Staats gelähmt und wenig in Thätigkeit ist. Die Gegner der Kreisordnung berufen sich auf einen Auspruch der Staatsregierung, daß die Kreise überall, wo ihre Dienste gefordert worden sind, diese Dienste geleistet und ihre Pflicht voll gethan haben. Aber der Fehler liegt darin, daß wir von den Kreisen bisher so wenig Dienst haben fordern können. In kommunaler Hinsicht haben wir gar keinen Nutzen von dem Kreise. Denn welche Dienste sind bis jetzt gefordert worden? Vertheilung von gewissen Naturallasten zu Kriegszwecken und noch einige Geschäfte untergeordneter Art, das die wichtigste Geschäft war der Wegebau. Da bleibt es nicht ganz ohne Tadel, daß in vielen Kreisen die Wege gar wunderbare Linien ziehen und man glaubt in diesen geschlängelten Linien den Fehler der Vertretung zu erkennen (Heiterkeit). An diesem Beispiel der frummen Wege (Heiterkeit) haben wir vollkommen genug, um keinen Gefallen daran zu finden, noch größere Staatsaufgaben einem Kreise anzubauen, dessen Vertretung gar nicht vorhanden ist. Denn Sie haben zwar zu den dreifig, vierzig, achtzig Gutsbesitzern, drei, vier, fünf Vertreter der Gemeinden, die gewissensmaßen deforstat mitwirken; Sie haben noch zwei Hülfsmittel: das französische Sprichwort: „noblesse oblige“ und die lateinische Redensart: „ito in partes“. (Heiterkeit.) Diese sollen helfen, aber wider die Natur der Dinge hilft weder ein französisches Sprichwort, noch eine lateinische Redensart, sondern nach wie vor sind die Angelegenheiten verwaltet von einigen Personen, die es besser finden, ihr Vermögen in Rittergütern anzulegen, als in Börsenfonds? Dies war uns wichtig: Ist es nicht möglich, durch Herstellung einer wahren Repräsentanz dieses lebensvollen Glied am Staatskörper lebendig zu machen? Die Annahme dieses Gesichtspunktes ist der große Fortschritt, den wir in der Verhandlung seit 1866 gemacht haben. Die früheren Entwürfe haben formell abhelfen wollen, indem sie eine bessere Vertretung herstellen wollten. Aber wenn ich fragte: Was soll die Vertretung machen? so habe ich die Antwort erhalten: Sie soll einen Kreisausschuß wählen. Und was soll der thun? Er soll die Angelegenheiten des Kreises behandeln. Und welches sind die Angelegenheiten des Kreises? Die wenigen Dinge, die ich Ihnen aufgeschlagen habe. Darüber schwieg das Gesetz. Das Gesetz von 1850, welches in liberaler Hinsicht so hübsch ausgestalten ist, ist für mich von jeher in Beziehung auf den Kreis inhaltslos und leer gewesen. Zum ersten Male seit dem Jahre 1866 ist für die Form ein Inhalt gefunden worden. Jetzt ist es gerechtfertigt zu sagen, es ist eine große Staatshäufung, wenn wir nicht diejenigen Kräfte entfesseln wollen, deren Wirksamkeit wir für nothwendig halten, damit der Staat gedeih, damit Preußen sich an der Spize Deutschland erhalte (Bravo links). Von diesem Gesichtspunkte aus dürfen Sie sich nicht zu sehr in die Einzelheiten vertiefen, sondern Sie müssen die Frage zu beantworten suchen, ist die Vertretung, welche in diesem Entwurf vorgeschlagen wird, darnach angebracht, daß ihr die großen Staatsaufgaben anvertraut werden können, die wir ihnen anvertrauen wollen. Ich antworte, daß die zukünftige Zusammensetzung des Kreistages dies Vertrauen verdient. — Es sind mehrere Wahlsysteme zur Besprechung gekommen. Ich gestehe, daß ich das allgemeine Wahlrecht für die Kommune durchaus unanwendbar halte, wo es sich um praktische Geldleistungen handelt, daß womöglich Diejenigen, die keine Steuern zahlen, dennoch mitstimmen sollen, wie und in welchem Maße Steuern gezahlt werden sollen. — Wir haben die Linien zugelassen zwischen den großen und kleinen Grundbesitzern, wie wir sie nach dem statistischen Material am besten ziehen zu können glauben. Hier muß ich dem Abg. v. Mallinckrodt erwidern, daß wir durchaus keine artikulierten Erempl aufgestellt haben. Denn die Frage der Abgrenzung ist auch im liberalen Interesse eine zweite. Es ist gar nicht richtig, daß es im liberalen Interesse geboten sei, so viel Großgrundbesitzer als möglich in die erste Klasse zu bringen, denn die Folge davon wäre, daß der größere Grundbesitz fast alle Kräfte an sich ziehen würde und daß die Landgemeinden ihm gegenüber geschwächt würden. — Ein Schwerpunkt war für uns, daß bei Ausübung des Wahlrechts die Wahl rein zum Vorschein komme. Zwei wesentliche Faktoren hat der Abg. v. Mallinckrodt übergegangen, um dem Herrenhaus zu Hilfe zu kommen, nämlich wie viel Stimmen der kleine Grundbesitz bekommen soll. Da hat das Herrenhaus vorgesetzten, daß der große Grundbesitz immer die Hälfte haben soll, demgemäß just an den Grenzen der Mehrheit stehen soll. Daß dies eine Unmöglichkeit ist, wird jeder einsehen. Der zweite Punkt, welchen der Abg. v. Mallinckrodt wogelassen, besteht darin: wie werden die Abgeordneten in dem Wahlverbande gefunden? Wir haben nicht die Beschränkung zu geben wollen, welche weit über das Maß hinausgehend gemacht sind. Der Herr Abg. v. Mallinckrodt hat auch den Umstand ganz verschwiegen, daß durch die Beschlüsse des Herrenhauses eine Art passiver Wahlfähigkeit beschlossen ist, daß nämlich die Abgeordneten nur aus den jetzigen oder gewesenen Magistratspersonen gewählt werden können. Das nennen wir ein Gesetz dadurch erläutert, daß man ihm einen erstickenden Inhalt giebt, und das ist der große Unterschied zwischen den Herrenhausbeschlüssen und den Regierungsvorschlägen. In diesen Punkten haben wir überall gesiegt, daß die Reinheit der Wahlen hergestellt wird; leider sind wir darin unterlegen, ob die passive Wahlbarkeit zwischen Stadt und Land gestattet sein soll. Indessen wir haben um der großen Reform willen manche Konzessionen gemacht, weil das, was wir erreichen, so bedeutend ist, daß das Verständnis für diese Reform gänzlich mangeln muß, wenn man sich allzulange mit untergeordneten Einzelheiten ausehält. — Ich gebe zu, daß heute noch der größere Grundbesitz einen größeren Anteil an der Vertretung im Kreise hat, als ihm zufolgt; von jetzt ab wird der Besitz der Rechte, welche der größere Grundbesitz ausübt, nicht mehr durch Vorurtheil und Verjährung gesichert sein, sondern er wird sich die Rechte täglich auf's Neue erwerben müssen in schwerer Arbeit durch Theilnahme an den Staatsgeschäften; wenn er sich schmollend bei Seite stellen wird, wird er bald vom Schauplatz verdrängt sein. Wir haben uns Garantien hergestellt, daß der größere Grundbesitz nicht mehr schädlich und in einheitlichem Privilegiinteresse wirken kann, denn nirgends hat er jetzt die Majorität, immer muß er sich um die Stimmen der ländlichen Grundbesitzer bewerben. Die vorgeschlagene Zusammensetzung des Kreistages ist fähig, die großen Staatsaufgaben zu übernehmen, welche bis jetzt nicht haben übernommen werden können, weil der Kreis noch kein Kommunalverband war. Die Gesetze aus den zwanziger Jahren bezeichnen ihn zwar als solchen, aber Gesetzesworte nutzen nichts, wenn sie nicht im Leben ihren Halt haben. Dreißig Rittergutsbesitzer stellen keine Kommune her und wenn sie sich das hundertmal unterseigeln lassen. Es soll vor allen Dingen eine Verwirklichung der Selbstverwaltung gesucht werden.

Ich komme jetzt zu einem Abschnitt, der seit 1866 am fruchtbarsten zwischen uns behandelt worden ist; und mit welcher Verwirrung und Unkenntniß der Begriffe hat die Diskussion über die Selbstverwaltung begonnen! Ein Mitglied der Rechten hat uns dargethan, daß eigentlich die Rechte der Rittergutsbesitzer und die gutsherrliche Polizei Selbstverwaltung seien. Man hat darauf witzweise geantwortet: Die Herren verwalten sich selbst und das nennen sie Selbstverwaltung; übrigens eine Anschaunng der Dinge, die sich auch in dem andern Hause sehr vielfach vertreten gefunden hat. Man glaubte, jeder Mensch mit angeborenen Rechten, der über eine Anzahl anderer Menschen kraft seines angekauften Titels Herrschaft habe, über die Selbstverwaltung aus. — Gegen ein anderes Mitglied habe ich in der Kommission einen lebhaften Streit führen müssen, weil es behauptete, Selbstverwaltung sei identisch mit Autonomie. Man hat dann weiter gesagt, daß die liberale Partei, da sie überall gegen das Recht der Kreise, sich selbst Gesetze zu geben, auftrete, dachdem sie Jahre hindurch für Selbstverwaltung plaidirt, nun, wo sie zur Ausführung kommen sollte, gegen dieselbe sei. Dieser Irrthum ist fast überall verbreitet, weil das Wort „Autonomie“ in griechischer Sprache unglücklicherweise vielen unverständlich ist. (Heiterkeit!) Autonomie heißt Selbstregelung und in den Zeiten, wo der Staat noch schwach war, hat jede Kommune zugearbeitet und sich selbst Gesetze gegeben und dem Kaiser und Reich ins Gesicht gelacht. Heute bei der Erstärkung des Staates denkt ja kein Mensch daran, wenn er auch ein untergeordnetes Verordnungsrecht den Kommunen giebt, ihnen ein Gesetzgebungsrecht einzuräumen. Daß aber der Irrthum über Selbstverwaltung und Autonomie noch nicht ganz beseitigt ist, können Sie aus den Beschlüssen des Herrenhauses ersehen. Das also haben wir klar gestellt, und ich muß deshalb dem gelehnten Mitgliede dieses Hauses, meinem verehrten Freunde, dem

Herrn Abg. Gneist, meine Huldigung darbringen, daß die Selbstverwaltung vor Allem bindende Gesetze als Grundlage voraussetzt, welche ganz ausführlich anweisen, was eigentlich geschehen soll, damit den Organen, die zur Selbstverwaltung berufen werden, nichts weiter übrig bleibt, als diese Gesetze auszuführen, und die Ausführungs-Behörde nur nachzuverfolgen hat, ob den Gesetzen gemäß verwaltet werde, nicht wie bisher, daß man den Kommunen ungeheure Freiheiten gab, und der Aufsichtsbehörde mehr Recht gab, als nur zu kontrolliren, ob dem Gesetze gemäß verwaltet werde, so daß mit der einen Hand naturgemäß das zurückgenommen werden mußte, was mit der anderen Hand verschwendischer gegen die Prinzipien der Staatsgewalt gegeben werden war. Darum soll die Kreisabgrenzung und die Bildung der Gemeinden nur durch Gesetz erfolgen, darum haben wir vor Allem einen festen Steuermaßstab angefest; ob dieser bis zum letzten Ende gut befunden ist, oder nicht, lasse ich dahin gestellt sein. Hr. v. Mallinckrodt hat Recht, zu sagen, daß ich diesen Punkt als einen bezeichnet habe, der noch nicht genügend statistisch aufgeklärt ist, jedenfalls aber mußten wir zu einem festen Steuermaßstab kommen, wenn die Verwirrung zwischen Autonomie und Selbstverwaltung aufhören sollte und wenn wir nicht die neuen Kreise der Gefahr ausgesetzt waren, sofort in die Mitte des Interessenstreites hinein zu gerathen. Ein Ausfluss der Selbstverwaltung ist es auch, daß von jetzt ab nicht, wie die Kreisordnung von 1850 noch zugelassen hat, die Aufsichtsbehörde Beschlüsse annulieren kann, weil sie gegen die Gesetze oder das Staatsinteresse sind, sondern daß wir es genau begrenzt haben. Zur Annulierung oder Suspension kann nur gehritten werden, wenn der Beschluß des Selbstverwaltungsbehörpers gegen das Gesetz verstößt. Wir müssen freilich zugeben, daß in einem Punkte zwei gelehrte Männer in dem anderen Hause uns dadurch einen schlechten Dienst erwiesen haben, daß sie unsere Begriffe über die Sache verdunkelten, aber mit Hilfe der Verständigungen, auf welche Hr. v. Mallinckrodt anspricht, haben wir den Missbrauch vereitelt, welchen die Beschlüsse des Herrenhauses zugelassen hätten. Denn nach der jetzigen Regierungsvorlage darf sich das Statut überhaupt nicht mehr mit Gegebenheiten befassen, welche gesetzlich geregelt sind, und in strenger Befolgung dieses Sages wird allerdings für statutarische Feststellungen im Kreise wenig Raum bleiben. Zu bestlagen ist es, daß die Begriffe „Selbstverwaltung“ und „Autonomie“ in dem Gesetz verhindert sind. Dagegen haben wir auch darin die Verwirrung aufzulösen gesucht, daß wir nicht Reglements und Statuten unter denselben Begriffen stellten. Reglements sind Anordnungen, welche darin, wie die Verwaltungsgrundlage ein für allemal ausgeübt werden sollen. Zu den Statuten gehörten sie nicht, und wenn das Herrenhaus sie damit zusammengeworfen hat, so ist es nur durch die bisher undeutliche Grenze zwischen Autonomie und Selbstverwaltung dazu verleitet worden. Es ist das nicht der einzige Irrthum, gegen den wir bei der Selbstverwaltung zu kämpfen hatten. Nach Eriegen soll Selbstverwaltung bedeuten, daß die dazu berufenen Organe ohne irgend welche Konkurrenz des Staates verwalten, ohne einer Kontrolle desselben unterworfen zu sein. Nach Anderen genügt es, wenn eine von der Regierung ernannte Person die Verwaltung führt, ohne dafür besoldet zu werden. Der Abgeordnete Gneist, der verdiente Vorläufer für die Selbstverwaltung nach dem englischen Muster, hat diese Ansicht vertheidigt; aber für deutsche Verhältnisse wollte man dieses Muster nicht gelten lassen, weil uns dafür die in England herrschende ergänzende Sitte fehlt. So haben wir denn die wirklichen Merkmale der Selbstverwaltung nach Begriffen gesucht, welche dem deutschen Wesen entsprechen, und ich meine, daß die diesen Theil regulirenden Bestimmungen das Richtige gefunden haben. Zur Selbstverwaltung ist nun, wie wir diese Sache auffassen, einmal eine entscheidende Mitwirkung der Beteiligten nötig und zweitens die Befugnis der Staatsregierung, außer einer einflussreichen Mitwirkung, die Kontrolle auszuüben, ob nach dem Gesetz verwaltet werde. Weil wir nun eine Mitwirkung der Beteiligten wünschen, haben wir alle die Blendwerke und auf Läuschung abzielenden Erfindungen der Bürokratie, welche nur eine Art der Selbstverwaltung begründen wollen, entfernt, haben wir all die schönen nichtsagenden Schlagwörter vermieden. Ueberall, wo wir die Organe der Selbstverwaltung einführen, haben wir den berufenen Personen einen entscheidenden Einfluß beigelegt und haben die Konkurrenz und Kontrolle des Staates für alle Fälle reservirt, in welchen ein Konflikt mit dem Gesetz eintreten könnte. Der Landrat ist demgemäß berufen, als die ausführende Behörde, für alle Beschlüsse des Kreisausschusses, demgemäß kann er in jeder Kommission mit entscheidender Stimme den Voritz übernehmen. Darum hat die Staatsregierung sich vorbehalten, einen Kreistag, der die Gesetze fort und fort verlebt, aufzulösen und einen ungefährlichen Beschluß zu suspendiren. Am schwierigsten war die Lösung dieser Frage für uns hinsichtlich der Organe. Leicht war sie da, wo es sich um wirkliche Körperschaften gehandelt hat. Im Kreisausschuß ist die Staatsgewalt durch den Landrat repräsentirt und die Selbstverwaltung kommt zu ihrem Recht durch die Wahl frei gewählter Mitglieder; ebenso in den Verwaltungsgerichten. Aber lebhaft ist der Kampf entbrannt, wo es sich handelt um einen einzelnen Beamten, wie da die Konkurrenz herzustellen sei und da bin ich der Meinung, daß das Richtige gefunden ist, wonach der Kreistag allerdings, wenn einmal auf die Wahl nicht eingegangen werden sollte, die Personen bezeichnet, die zu dem Amt geeignet sind, nicht mit berathender, sondern mit bindender Kraft und daß innerhalb dieser Personen der Regierung dann die freie Wahl zusteht. In diesen Organen wird ein Stoff von Selbstverwaltung überwiesen, der so bedeutend ist, daß er zur Auflösung desjenigen Theils der Regierung führen muß, der grade mit der inneren Verwaltung sich beschäftigt, der jetzt schon wohl nahezu die meisten Geschäfte der inneren Abteilung der Regierung, Regierungstöchter abgenommen, und so wird mit zwingender Gewalt hingedrängt zu der Verwaltungsreform, welche der Kreisausschuß nach sich ziehen muß. Aber zwei Dinge sind innerhalb des Stoffs, die der Selbstverwaltung zugewiesen werden, für mich von der größten Wichtigkeit, daß eine nämlich, daß die Polizeiverordnungs-Befugnis nicht mehr selbstständig ausgeübt werden kann von der Verwaltungsbehörde, sondern daß es überall der Zustimmung des Selbstverwaltungsbehörpers bedarf. Die Polizeiverordnungs-Befugnisse waren eigentlich die fasces des unabhängigen und absoluten bürokratischen Staates. Dadurch, daß wir für jede Polizeiverordnung die Zustimmung der gewählten Selbstverwaltungs Personen verlangen, drücken wir eben aus, daß wir in eine neue Ära eintreten, in der nicht die Bürokratie selbstständig die auch von der Staatsgewalt verliehene Befugnis ausüben kann, sondern nur unter Zustimmung der berufenen Personen.

Ein völlig neues System führt in die Staatsverwaltung die Kontrolle aller der Verwaltungsangelegenheiten, welche das Interesse eines Einzelnen berühren, durch den Rechtsweg ein. Ich gestehe, daß ich vielleicht bei diesem Abschnitt persönlich im höchsten Grade betheilt bin, weil ich seit meinem Eintritt in das parlamentarische Leben hier den Schaden innerhalb der preußischen Staatsverhältnisse aufgefischt habe, weil ich diese Frage des Rechtsweges nicht für eine einseitig juristische gehalten, vielmehr schien mir die Polizeiwillkür ein vergriffend wirkender Stoff zu sein. Wenn Sie den heutigen Zustand betrachten, so werden Sie finden, wie thöricht es wäre, wenn man wegen untergeordneter Punkte diese große Wandlung zurückziehen wollte. Will sich heute jemand beschwerden, so hat er zahllose Instanzen bis zum Minister des Innern durchzumachen, und ist er damit noch nicht aufrieden, so geht die Sache von Neuem an. Und jeder Quärlant fühlt sich natürlich gekränkt, wenn er nicht immer wieder gehört wird. Es geht daraus aber eine Verbitterung in dem Verhältnis nicht nur zwischen Behörde und Publikum, sondern auch zwischen höheren und niederen Beamten hervor. Entweder es wird in den höheren Instanzen auf die Entscheidung der Lokalbehörde refurirt, und damit ist der Quärlant oder Beschwerdeführer unzufrieden, oder der Beschluß der Lokalbehörde wird geändert, und dann ist diese böse auf die Vorgesetzten; so zirkt dann die Lokalbehörde auf die Kreisbehörde, diese auf die Provinzialbehörde und die Provinzialbehörde auf den Regierungsrath am grünen Tisch. So geht das durch alle Schichten der Verwaltung, ja noch weiter, das Nebel dringt bis in die Wohnräume des Publikums. Ist nicht diese Versammlung fortwährend mit Beschwerden über schlechte Entscheidungen der Verwaltung überschüttet? Und herrscht in der Petitionskommission nicht die Lust, überall zu helfen, weil Rechtszumöglichkeiten statfinden? Diese Petitionen und die Bescheide darauf bilden auch mit einen Hauptgrund zu Verstimmungen zwischen der Regierung und diesem Hause.

Dagegen sind die Petitionen über verlegte Justizpolizei äußerst selten und werden vorkommenden Fällen nie zum Bericht im Hause gebracht, weil der Rechtsweg geordnet ist. Unter allen Ministern scheint der Justizminister mir der beneidenswerthe. Allen diesen achtzig Mitgliedern tritt die neue Kreisordnung energisch entgegen. Sie will über jede polizeiliche Verfügung ein richterliches Gehör angerufen wissen. (Bravo links.)

Es ist mir oft in diesem Hause vorgeworfen worden, daß ich überall den Kreisrichter einführen wollte (Sehr richtig! Rechts). Aber schon damals habe ich erklärt, daß ich zum Landrat dasselbe Zutrauen haben würde, wenn er mit richterlichen Befugnissen ausgestattet wäre. Denn von den frühesten Zeiten her habe ich dem Gedanken angehangen, daß die Justizpolizei wiederum dem Landrat zurückgegeben werden soll. Ich finde nun hierin die erste Rückkehr zur Emanzipation. Wenn auch hierüber zuerst mancher Irrthum und Verhältnislichkeit entstehen würde, ich nehme es mit in den Kauf als einen Nebelstan, der nicht zu vermeiden ist. Es ist natürlich, daß sich alle Hoffnungen und Befürchtungen auf ihn wenden. Man hat namentlich von jener Seite (nach rechts) gehört, daß sich nicht die angrenzenden Kräfte finden werden. Das ist allerdings wahr; das Gesetz will aber nur die Kräfte entfesseln, nicht neu schaffen. Ich habe die Überzeugung, daß die Kräfte vorhanden sein werden. Wo keine Kräfte zu finden sind, so werden allerdings die Staatsbeamten eintreten müssen. Die Regierung hat eingesehen, daß bei einer so großen Aufgabe auch die Gemeinde mit herangezogen werden muss. Im Amtsbezirk ist eine neue Schöpfung versucht worden; wir haben nicht einen abstrakten Verwaltungsbezirk bilden wollen. Dagegen bei der Amtsbezirke haben wir nachgegeben, weil wir von beiden Seiten verlassen wurden. Die Regierung hat darauf bestanden, die Zahlen zu entfernen mit dem Versprechen, daß sie im Geiste des Gesetzes die Bildung der Amtsbezirke herbeiführen wollte. Ich habe das Zutrauen zu der Regierung, daß sie die Amtsbezirke dem Gesetz entsprechend bilden wird. Ich schmeichle mir nicht, daß die Kreisordnung gleichermaßen Wirkungen hervorbringen wird. Ich wünsche nur, daß sie in diesem Hause mit noch größerer Mehrheit angenommen werde, als früher. Wir stehen am Abschluß eines Werkes, das nicht von heut oder gestern ist, sondern seit der Emanzipation der preußischen Verfassung immer auf der Tagesordnung stand. Raum war das Jahr 1866 mit seinen großartigen Resultaten an uns vorübergegangen, als von der Regierung Verbindungen mit der Partei angeknüpft wurden, welche zu Reformen geneigt war. Seit dem Jahre 1870 wird die Partei sich eine gewaltige Majorität für dieselbe vereinigt haben. Und wenn wir hoffen, daß unsere Beschlüsse auch durch das andere Haus gehen würden, so hoffen wir, daß der Einfluß der Regierung und der Geist des Jahres 1870 ebenfalls das Interesse herbeiführen wird. Wir hatten uns getäuscht. — Wir wollen die Kreisordnung annehmen, wie sie ist, wir wollen sie nicht der Unwirksamkeit entzweit, sondern das Resultat die Vereinigung der Regierung und des Abgeordnetenhauses. Dafür wird die Regierung einstecken müssen, daß dieser Entwurf nirgend abgeändert werde. Welche Mittel sie dazu anwenden will, gehört nicht in die Räume dieses Hauses. Es ist keine geringe Genugthuung, daß wir uns mit einem Gesetzentwurf beschäftigen, dessen vorzüglichste Seite auf die Selbstständigkeit und Freiheit des einzelnen Bürgers gerichtet ist. Dass diese Kreisordnung mehr kosten wird, als die frühere, ist sehr natürlich, denn es wird mehr geboten. Z. B. die jetzige ländliche Polizei ist nicht das Schloss haben, dann wollen wir das Volk aufrufen, daß es hervortreten soll aus seinem Schlummer, daß es nicht länger sich von den vorgesetzten Herren soll verwalten lassen, sondern, daß es selbst Hand anlegen soll. Ich hoffe, daß Volk wird Ihnen die richtige Antwort im Stande ist. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Meyer (Arnsvalde): Obgleich ich in der vergangenen Session der Kreisordnungskommission angehörte, bin ich zu den neuzeitlichen vertraulichen Konferenzen im Ministerium des Innern doch nicht jugezogen worden; meine Freunde sahen darin eine Rücksichtslosigkeit, ich aber freue mich dieser Anerkennung der Regierung; sie wußte im Voraus, daß meine Überzeugung unerschütterlich war. Ursprünglich hatte diese ganze Kreisordnungsfrage nur einen provinziellen Charakter; sie hat neuerdings viel größere Dimensionen angenommen und ist durch aufgegriffen worden. Die liberalen Zeitungen, die ich sehr eifrig lese, verlanzen fast einen gewaltigen Bruch der Verfassung; natürlich in diesem Hause hört man solche Forderung nicht. Wenn wir früher die Liberalen zu: Ihr seid schöne Revolutionäre; jetzt können wir den Liberalen — natürlich spreche ich nur von denen außerhalb dieses Hauses — zurufern: Ihr seid schöne Revolutionäre! (Gelächter.) Ich mache mir garnichts daraus, in der Minorität zu bleiben; wenn unsere Zahl noch so winzig ist, gleichviel; wenn wir nur unser Prinzip unverlegt wahren für die Zeit, in der wir wieder ins Oberwasser kommen. (Großes Gelächter.) Ja, wir werden wieder ins Oberwasser kommen; allemal wenn die liberale Partei am Ruder ist, wachsen ihr ihre Privilegien über den Kopf, sie führt den Staatswagen in den Sumpf und die äußerste Rechte muß ihn wieder herausholen. (Gelächter.) Denken Sie doch an 1848! Wie bald hatten sich die liberalen Führer verbraucht; das Ministerium Brandenburg-Manteuffel mußte den Staatswagen wieder aus dem Sumpf holen. (Abgeordneter Eugen Richter: Es fuhr ihn nach Orléans!) Ja, da ist er auch gewesen. (Sturmische Heiterkeit.) Nach der neuen Ära in der Konfliktzeit mußte wieder die äußerste Rechte das Land retten; passen Sie auf, das nächste Mal kommt's wieder so. (Gelächter.) Herr Friedenthal nannte uns im vergangenen Frühjahr Epigonen; das akzeptiere ich, aber wird sind stolz darauf, die Epigonen des Generals von der Marwitz zu sein (Abg. Eugen Richter: Meyer!). Heiterkeit. Halten Sie sich etwa für eine verbesserte Auflage von Stein und Hardenberg? Dann sind Sie gewaltig im Irrthum. Man hat uns gesagt, der Adel ist arm; ja, das ist richtig. Während andere Gesellschaftsschichten Baumwolle spannen, arbeiten und kämpfen er im Dienste seines Königs und Vaterlandes. (Gelächter.) Man hat mir Kirchthurnpolitik vorgeworfen, aber auf diesem Gebiete besitzt er Virtusität; Herr Lasler, der so groß in der Theorie ist, wird nicht behaupten, die allerleistungsfähigste Idee davon zu haben, wie es in der Wirklichkeit hergeht. (Heiterkeit.) Das Herrenhaus hat mit seiner Abstimmung der Zustimmung des Landes Ausdruck gegeben. (Allgemeines Gelächter.) Bedenken Sie doch, in diesem Hause sitzen hundertdreißig Mitglieder, die gar keine persönliche Kenntnis von den Zuständen in den sechs östlichen Provinzen haben. Aus den Zeitungen aber haben sie gelernt, uns Pommern und Märkte als eine geringere Rasse anzusehen; sie glauben, bei uns Kirchen noch Ketten und gähnende Burgverließe; sie bilden sich ein, wenn der Rittergutsbesitzer nach Tisch spazieren reite, lenkt er sein Ross über das wogende Kornfeld des (Sturmischen) Gelächters. Wenn alle diese mit unsrigen Zuständen unbefannten Herren mitstimmen, dann vergewaltigt man uns (Unruhe). Wir unsererseits lehnen das Gesetz ab und hoffen dabei auf die Unterstützung der Fortschrittspartei. Diefeleb hat ja erklärt, sie sei im Frühjahr bis an die äußerste Grenze der Konfessionen gegangen. Die Herren Nationalliberalen haben zwar dasselbe gesagt, aber auf die rechte ich nicht erst. (Heiterkeit.) Aber für die Fortschrittspartei habe ich ihrer folgenden und festen Haltung wegen die größte Sympathie. (Gelächter.) Auf Amendements berichte ich; auch werde ich nicht Kommissionserhebung beantragen, so sehr das Gesetz derselben bedarf, setzen Sie nur Ihren beliebten Galopp der Berathung fort; uns wird das Volk verstehen. (Gelächter.)

Minister des Innern: Der Vorredner hat im Eingang seiner Rede erwähnt, daß ein Theil seiner politischen Freunde es der Regierung verdacht hat, daß sie ihm nicht zu den vertraulichen Besprechungen über die Kreisordnung zugezogen hat. Ich glaube, diese Herren (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

werden nach der eben gehörten Rede der Regierung keinen Vorwurf mehr machen. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Liebermann: Bei der Prüfung des vorliegenden Gesetzes bin ich zu dem entgegengesetzten Resultat gekommen, wie mein Parteigenosse v. Meyer. Ich halte ihn für völlig vereinbar mit den konservativen Prinzipien, und einzelne Bestimmungen, die auch ich geändert wünschte, können mich nicht blind machen für seine drei großen Vorteile: die Aufhebung der gutsherrlichen Polizei, die Aufhebung des Birslimmrechts und die Einführung der Selbstverwaltung in die Kreise. Es wird mit diesem Gesetz gehen, wie mit dem Armeplagegesetz; auch damals wurden Bedenken laut und doch hat sich das Gesetz in der kurzen Zeit seines Bestehens glänzend bewährt. Ich wünschte lebhaft, daß meine Parteigenossen sich nicht völlig ausstroslos einer heilsamen Reform widersetzen, die schließlich doch unvermeidlich ist.

Abg. v. Wedell-Behlingdorf begrüßt zwar die Aufhebung des Birslimmrechts und der gutsherrlichen Polizeigewalt als Fortschritt, kann sich indes mit vielen anderen Bestimmungen des Gesetzesentwurfs nicht befrieden. Namentlich tadelt er, daß für die Begehung, unentgeltlich Ehrenämter zu übernehmen, Strafe angedroht sei, ferner fürchtet er ein ungebührliches Übergewicht der Städte, wenn ihnen die Stimmen auf den Kreistagen bis zur Hälfte eingeräumt werden dürfen, endlich sieht er nicht ein, weshalb für die Wahl der Abgeordneten zum Kreistag noch besondere Wahlmänner gewählt werden sollen und diese Funktion nicht vielmehr den Schulen übertragen werde. In dieser Form sei das Gesetz für ihn jedenfalls unannehmbar, doch hoffe er, bei der Spezialdebatte seine Ansichten noch durch Amendements zur Geltung zu bringen. Sehr schwer liege ihm allerdings auch die Frage der Ausführung des Gesetzes auf dem Herzen. Werde es in der That in konservativem Geiste ausgeführt werden? Er versteht nicht die Animosität der Regierung gegen das Herrenhaus, das im Wesentlichen durchaus konservativ gesprochen und gestimmt habe. Zeugnis des, sei die bekannte Rede des Handelsministers im Herrenhause. (Gelächter links.) Er verkennt die Berechtigung einer liberalen Politik so wenig, als die einer konservativen; was er aber nicht versteht, sei eine liberale Politik unter konservativer Firma (Sehr gut! rechts.) Die konservative Partei stehe vor der Frage, ob sie ministeriell oder unabhängig konservativ sein wolle; er entscheide sich für das letztere und wenn er dieser Vorlage gegenüber mit Nein stimme, so sei er sehr überzeugt, seine Pflicht als treuer Unterthan Se. Majestät erfüllt zu haben. (Beifall rechts.)

Minister des Innern: Ich bin eingermassen verwundert über die Schroffheit der letzten Worte des Vorredners; anfangs hatte es den Anschein, als ob er, wenn auch mit einigem Bedenken, der Vorlage zustimmen wolle. (Sehr richtig!) Wenigstens zwei der Punkte, die er urgt hat, will ich kurz berühren, um Irrthümer vorzuzeigen. Ein Übergewicht der Städte kann auf den Kreistagen gar nicht stattfinden, da sie günstigen Falles nur über die Hälfte der Stimmen disponieren und also das platt Land nicht majorisieren können. Dieser günstigste Fall wird aber überhaupt nur in fünf Kreisen der Monarchie eintreten. In zweien derselben finden die Städte so groß, daß sie voraussichtlich einen besonderen Stadtteil werden bilden können, in zwei andern überwiegt die städtische Bevölkerung an Zahl die ländliche so weit, daß die Stimmehäufigkeit eine Verkürzung der ersten ist; die Sache ist also von sehr geringer, praktischer Bedeutung. Was ferner die Wahl besonderer Wahlmänner für die Kreistagsabgeordneten betrifft, so hätte die Regierung allerdings auch lieber gehalten, wenn diese Funktion den — nach dem neuen Gesetz ja auch gewählten — Schulen übertragen würde. Wenn aber die Majorität dieses Hauses die Beibehaltung des bestehenden Zustandes beschloß, so kann man das im Interesse der Zweckmäßigkeit bedauern; ein Grund, weshalb das ganze Gesetz abzulehnen, ist es aber doch nicht. Wenn der Regierung Vorwürfe gemacht sind, daß sie das Gesetz zuerst diesem und nicht dem Herrenhause vorgelegt habe, so ist das doch nur eine Frage der Taktik, in welcher der Eine so, der Andere so progediert. Da entscheidet aber der Erfolg. Geht das Gesetz durch, wie ich hoffe, so behält die Regierung Recht. Ministeriell zu stimmen, habe ich nie einem Mitgliede dieses Hauses zugemutet; wohl aber habe ich gewünscht, daß die Herren auf der rechten Seite nicht konservativ, aber auch recht verständig ihre Stimmen abgeben mögen. Unter dem konservativen Standpunkt verstehe ich den, im rechten Augenblick zu geben, was eine Nothwendigkeit verlangt. Ich halte es nicht für einen Tadel, sondern für eine Ehre, liberale Politik unter konservativer Firma zu treiben, denn als wahrhaft konservativer Mann sehe ich meine Aufgabe darin, den liberalen Anforderungen entgegenzutreten, soweit ich muß und auch zum Wohle des Vaterlandes, soweit ich kann.

Es ist inzwischen vier Uhr geworden und die Lampen werden angezündet.

Abg. Birchow: Durch die Definitionen der beiden Vorredner ist es immer dunkler geworden, was sie denn eigentlich unter liberal und konservativ verstehen. (Heiterkeit. Sehr richtig.) Als ich einst den Freiherrn v. Stein liberal nannte, widersprach mir Herr v. Meyer; heute rühmt sich derselbe Herr, ein Epigone des Generals v. d. Marwitz zu sein. Bekanntlich aber hat dieser in seinem jüngstlichen Trost und Starrfinn Stein aufs Bitterste gehaft und es ist eine ziemlich begründete Nachricht, daß er ihn sogar an den damaligen, französischen Kaiser verraten hat (Unruhe rechts), die Herren erkennen fortwährend ihren Standpunkt. Wenn Herr v. Wedell in Sorge ist, ob er als treuer Unterthan Se. Majestät stimmen wird, so kommt es darauf gar nicht an (Unruhe rechts); wir haben hier zu handeln als treue Vertreter des Volkes. Freilich kann sich das Herrenhaus zu diesem Standpunkte nicht erheben; für diese kleine Privatinstitution sind immer nur die engsterzigsten Privatinteressen geltend gewesen. Wenn Sie von Ihren Traditionen sprechen, so will ich das nicht bestreiten und ich will es sogar bekräftigen durch ein Zitat von meinem Landsmann Barthold vom pommerschen Geschichtsschreiber. Derselbe sagt: „Wenn auch die Hierarchie des Ritterthums nach Pommern drang, der Geist der Chevalerie, der Hingebung und der Aufopferung für das Vaterland ist unserm pommerschen Adel immer fremd geblieben.“ Die Tradition hat sich erhalten (Sehr gut! Heiterkeit). In Einem stimme ich mit Herrn v. Wedell überein: in der Befragung vor der Ausführung des Gesetzes. Ist Graf Eulenburg konservativ? Ist er liberal? Wer kann sagen? Ich wünschte in der That, daß ein Mann des öffentlichen Lebens, wie er, feste unwandelbare Prinzipien hätte. Das ist ja das ganze Elend unserer Zustände, daß wir keine feste Verwaltungstradition haben. Mit denselben Gejeggen, unter denen wir zur Zeit der neuen Aera recht heimlich lebten, hat uns Graf Eulenburg später aufs Außerste gequält. Sehr gut! Ich verlange nicht, daß der Minister bei Ausführung des Gesetzes noch besondere liberale Bestimmungen hineinschmuggeln soll; er soll es mir ausführen, so wie es ist. Wir glauben, daß auch so aus dem Gesetz etwas Tückiges werden kann; wir glauben das auf die Gefahr hin, für eine ministerielle Partei gehalten zu werden. Wir sehen nur auf die Sache und werden ein schlechtes Gesetz unter einem guten Ministerium ebenso sehr bekämpfen, als wir ein gutes Gesetz unter einem schlechten Kabinett befürworten. Aber in erster Linie verlangen wir ein lebhaftes Interesse von dem Minister des Innern. Als wir früher das gleiche Ansinnen an ihn stellten, sprach er über „Herrenarbeiten“, die wir ihm aufgaben wollten. Jetzt hat sich gezeigt, wie richtig unsere Ansicht war. Wir danken Ihnen unsere Freunde. (Heiterkeit.) Ohne den Wahlspruch: „Landgraf, werde hart!“ wird er nicht vorwärts kommen. Das Stadium, in dem sich das Gesetz gegenwärtig befindet, ist für uns ja das unangenehmste von der Welt. Wir werden an ein paar Punkten den Versuch machen, das Gesetz zu amenden, nicht um unsern speziellen Parteistandpunkt zur Geltung zu bringen, sondern um das frühere Kompromiß wiederherzustellen. Wir thun das nicht, weil wir nicht die Courage haben, dem Gesetz, so wie es jetzt ist, auch zuzustimmen, weil wir uns nicht verstehen, wie der Minister dazu kommt, uns diese Konzessionen zuzumuten, die uns in die falsche Position bringt, die es jedem, der Lust hat, ermöglicht, uns im Lande anzuschwärzen. Noch eins gebe ich den Gegnern zu bedenken. Die Auswanderung nimmt in einzelnen Provinzen bei uns jährlich zu. Das deutet auf eine steigende Unverträglichkeit der sozialen Zustände. In England hat seit diesem Frühjahr die soziale Bewegung unter der

ländlichen Bevölkerung bemerkenswerthe Fortschritte gemacht. Es ist keine gleichgültige Frage, ob es bei uns auch so kommen soll; ich bitte Sie deshalb, durch Annahme des Gesetzes dem ganzen Staate eine sichere Grundlage und die Möglichkeit weit größerer Prosperität zu gewähren. (Beifall.)

Minister des Innern: Ich glaube, die äußerste Rechte und die äußerste Linke erreichten ihren Zweck am besten, wenn sie auf ihre Amendements verzichteten und dem Gesetze einen Paragraphen anhängten: Die Ausführung wird einem konservativen resp. liberalen Minister übertragen. (Heiterkeit.) Es ist in der That neu, die Ausführung eines großen Gesetzes mit den speziellsten Detailbestimmungen zu bezeichnen. Ich denke, diese Ausführung wird Ihnen am besten garauntiert, wenn Sie sie in die Hand des Ministers legen, unter dessen Regie das Gesetz zu Stande gekommen ist. Ich habe mich Ihnen gegenüber doch nie hinterhaltig gezeigt, nie meine Zustimmung oder Missbilligung verbreit. Wenn der Vorredner fragt, wie ich dazu käme, neue Konzessionen zu verlangen, so konstatiere ich nur, daß es tatsächlich unrichtig ist, wenn behauptet wird, die Regierung habe allen Beschlüssen des Abgeordnetenhauses ihre Zustimmung ertheilt. Sie hat es nur für passend erachtet, ihr Veto aufzuheben, bis beide Häuser des Landtags ihr Votum abgegeben hätten. Ich meine doch, im Gesetze selbst liegt solche zwingende Nothwendigkeit, daß man unter Aufopferung liebgewordener Überzeugungen vor einem neuen Kompromiß nicht zurücktreten darf, um die Reform zu Stande zu bringen; die neuen Konzessionen sind eben nur eine einfache Konsequenz der früheren.

Damit schließt die erste Sitzung; für eine Kommissionserhebung erheben sich nur vereinzelte Stimmen rechts. Auf Anfrage des Präsidenten entscheidet sich das Haus, den Mittwoch auch fernerhin als Berathungstag für Petitionen und Anträge aus der Mitte des Hauses beizubehalten. Demgemäß wird die Berathung der Massenkratz-Reichenberger'schen Anträge auf nächsten Mittwoch angefest.

Schluss 4<sup>o</sup>, Übr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Mehrere kleinere, mit älteren Budgets in Verbindung stehende Vorlagen.)

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 21. November.

Die neueste Nummer der „Schles. Schulz“ enthält in dem Artikel „Der Lehrermangel als eine Gefahr für das deutsche Volksleben“ die Notiz: daß in Preußen 595 selbständige und 474 Hilfsschulstellen unbesetzt sind, und daß 1792 Stellen mit Personen besetzt sind, die keine Lehrberechtigung haben. Im oppelner Regierungsbezirk fehlen allein 700 Lehrer, um jede Schultasse auf 100 Schüler zu bringen.

Wie wir hören, wird in den nächsten Tagen bei allen Bürgen der königl. Ostbahn, welche Personenbeförderung haben, die Heizung der Coupés ihren Anfang nehmen.

**Proteste gegen die Kanalisation.** Eine Anzahl berliner Bürger hat ein „Verwahrung“ überschriebenes Schriftstück verbreitet, in welchem sie entschieden dagegen protestieren, wenn die jewige Stadtverordneten-Versammlung das Recht beansprucht, über die Durchführung der unterirdischen Kanalisation endgültig zu beschließen. Entweder muß die gesamte Bürgerschaft Berlins zu einer allgemeinen Abstimmung aufgefordert werden, oder aber die Entscheidung hierüber dürfe von der Stadtverordneten-Versammlung nicht früher endgültig vorgenommen werden, bis sämtliche Bürger Berlins Gelegenheit gehabt haben, auch bei der Erstwahl der noch am längsten im Amt bleibenden Stadtverordneten — also bis zum Spätherbst 1876 — sich darüber zu vergewissern, welcher Meinung der sich ihnen zur Wahl vorstellende Stadtverordneten-Kandidat gerade in dieser Sache ist. Als äußerstes Bugeständnis würden die Protestierenden sich damit einverstanden erklären können, daß die betreffende Abstimmung der Stadtverordneten-Versammlung, ob die Kanalisation durchgeführt werden soll oder nicht, frühestens drei Monate nach Einführung der jetzt neu zu wählenden 38 Stadtverordneten und nachdem von einer nach Gröningen in Holland von der Stadt zu entsendenden sachverständigen Deputation ein ausführliches sachgemäßes Gutachten über die so viel gerührten dazugehörigen Ausführungsverhältnisse erstattet worden ist — vorgenommen werden darf.

**Der Leinwandhandel** wird, wie bereits früher mitgetheilt, häufig von umherziehenden Personen betrieben, die dabei auf offenkundigen Betrug ausgehen. Zwei derartige „Leinwandnepp“ treiben sich neuerdings in unserer Stadt und deren Umgegend umher. Sie wissen mit großer Gewandtheit herauszubekommen, wo irgend eine Tochter verheirathet werden soll, begeben sich dorthin mit ihrer schlechten Ware und werden dieselbe, indem sie wirklich echte Leinen als „Lockvogel“ zu sehr billigen Preisen verkaufen, zu verhältnismäßig außerordentlich hohen Preisen los. Meistens beginnen sie sich mit einer geringen Anzahlung und lassen sich für das übrige Wechsel ausspielen. Erst später stellt es sich dann heraus, daß die Scheinebar so billig erworbene Aussicht aus Schundware besteht. Es ist sogar vorgekommen, daß sie ganze Säcke von Gedekken und Servietten aus Shirting als echt Damast-Leinen verkauft haben. Diese Servietten enthielten Darstellungen vom Leiden Christi. Als sie aber zum ersten Male gewaschen wurden, stellte sich heraus, daß nur einige derselben echt waren; die große Mehrzahl bestand aus Shirting, auf welche mit Schlichte das Leiden Christi aufgedruckt war.

**Es wird beabsichtigt**, auf der Wiener Weltausstellung auch die in preußischen Volksschulen in Gebrauch befindlichen Lesebücher zur Ansichtung zu bringen. Der Kultusminister hat zu diesem Behufe die betreffenden Verlagsbuchhandlungen auffordern lassen, je ein gebundenes Exemplar der bei ihnen erschienenen Lesebücher kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Außerdem wäre es von hohem Interesse, eine Sammlung herzustellen, durch welche die Entwicklung, welche das Lesebuch von der Bibel bis jetzt durchgemacht hat, durch einzelne Exemplare in historischer Folge zur Ansichtung gebracht werden könnte. Die Ermittlungen, welche Bibeln und Lesebücher in früherer Zeit in allgemeinem Gebrauch gewesen sind, werden weniger Schwierigkeiten machen, als die Herbeischaffung der älteren Exemplare. Die Provinzial-Regierungen sind jedoch angewiesen worden, auch in dieser Hinsicht den Versuch zu machen.

**In der Kassubei** (Westpreußen) fangen die Geistlichen an, den Lehrern auf den Bahn zu fühlen, was für eine Ansicht sie in Bezug auf den pädagogischen Unfehlbarkeit haben. Entspricht das Ergebnis nicht dem Wunsche der Geistlichen, so bekommt der Lehrer seine liebe Not auf den Hals; es finden sich Gemeindemitglieder, welche gegen den „Ungläubigen“ allerhand zu denunzieren haben, und seine Stellung wird bald eine unerträgliche. In einem Falle, in welchem die Regierung sich veranlaßt gesehen hat, einen Kommissar nach dem Schulorte zu senden, um an Ort und Stelle zu prüfen, hat derselbe sich veranlaßt gefehlt, dem Lehrer selbst den Rath zu geben, seine Verfolgung zu beantragen.

**Personalveränderungen in der Armee.** v. Kroisigk-Major u. persönl. Adjutant des Prinzen Friedrich Karl von Preußen Königl. Hof, als etatsmäß. Stabssoff. in das Garde-Hus.-Regt. vers. v. Lewinski, Ob.-Lt. vom Gen.-Stabe der 5. Divis., zum Chef des Gen.-Stabes des IX. Armeecorps ernannt. Rogalla v. Bieberstein, Hauptm. u. Komp.-Chef im 6. Westph. Inf.-Regt. Nr. 55, unter Beförderung zum Major mit einem Patent nach seiner früheren Anstellung im Gen.-Stabe u. Überweitung zum großen Gen.-Stabe, in den Gen.-Stab vers. Frhr. v. Roeder-Diersburg, Major vom großen Gen.-Stabe, zum Gen.-Stabe des IV. Armeecorps, v. Wittich, Maj. v. G.-n.-Stabe des IV. Armeecorps, zum großen Gen.-Stabe — vers. v. Eschstruth, Rittm. u. Eskadr. Chef im Thür. Hus.-Regt. Nr. 12 und Kommand. zum Kriegsminist. Behufs einstweil. Verwendung als Präses einer Remonté-Auktions-Kommission, unter Beförderung zum Major u. Stell. a la suite des gedachten Regts., definit. zum Präses einer Remonté-Auktions-Kommission ern. Stäbler, Hauptm. und Komp.-Chef im 5. Brandenb. Inf.-Regt. Nr. 48, unter Beförder. zum überzähl. Major, dem Regt. agreg. u. gleichzeitig, Behufs Informat. im Dienste der Land-Gendarmerie, in das Bureau des Chefs der Land-

Gendarmerie kommandirt. Schregel, Pr.-Lt. vom 3. Obersch. Inf.-Regt. Nr. 22, als Inspekt. Off. und Lehrer zur Kriegsschule in Neisse kommand. Müller, Pr.-Lt. vom 2. Niedersch. Inf.-Regt. Nr. 47, von seinem Kommando als Inspekt. Off. u. Lehrer bei der Kriegsschule in Engers entbund. Simon, Zahlm.-Aspirant vom Schles. Fuß.-Regt. Nr. 18 ern.

**o. Meseritz**, 20. Nov. [Schwurgerichtsverhandlung gegen E. Lindenberg.] Die gestrige Schwurgerichtsverhandlung wider den königl. Distrikts-Kommissarius Lindenberg, welche des Morgens um 9 Uhr begonnen hatte, dauerte bei dem dichtgefüllten Zuhörerraum, mit wenigen und nur kurzen Unterbrechungen, bis heute früh um halb fünf Uhr. Bei der großen Masse des Materials ist es unmöglich, auch nur annäherungsweise speziell auf die einzelnen Anklagepunkte einzugehen. Wir müssen uns vielmehr darauf beschränken, ganz im Allgemeinen die dem Angeklagten zur Last gelegten Vergehen anzugeben. Diese zerfallen gewissermaßen in drei Kategorien, und es sind deren zehn. Zunächst wird dem Angeklagten schuld gegeben:

1) in den Jahren 1870 und 1871 durch wiederholte selbständige Handlungen fremde Gelder, welche er in amtlicher Eigenschaft mit der Verpflichtung der Verwaltung und Ablieferung erhalten und in Gewahrsam hatte, bei Seite geschafft und sich rechtswidrig zugeignet zu haben;

2) als Beamter Gebühren, von denen er wußte, daß sie überhaupt nicht, bezüglichweise nur in geringerem Grade zu erheben seien, für amtliche Veröffentlichungen zu seinem Vortheile erhoben zu haben;

3) im Jahre 1868 durch Handlungen als Beamter für in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlungen Vortheile, zu denen er gesetzlich nicht berechtigt war, nämlich Darlehen in Höhe von 75 Thalern und 68 Thalern gefordert und sich rechtswidrig zugeignet zu haben;

endlich im Jahre 1870 als Beamter, welcher vermöge seines Amtes bei Ausübung der Strafgewalt mitzuwirken hat, die Verfolgung einer strafbaren Handlung (Majestätsbeleidigung) in der Absicht unterlassen zu haben, den Verbrecher der gesetzlichen Strafe unter Annahme eines Darlehns rechtswidrig zu entziehen. Von sieben in der Anklage enthaltenen Beschuldigungen wurde der Angeklagte freigesprochen. Dagegen wurde derselbe wegen Unterstellung von in amtlicher Eigenschaft empfangenen Geldern in zwei Fällen, sowie wegen Annahme eines Geschenkes für eine an sich nicht pflichtwidrige Handlung vom Gerichtshofe zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt; zugleich wurde auf die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter für die Dauer von 3 Jahren erkannt.

**# Neustadt b. P.**, 18. November. [Höpfen, Postalisch. Intermittische Verwaltung.] Im Höpfengebäude hat sich in der letzten Zeit nach längerer Geschäftsstille auch hier viel Leben entfaltet, jedoch bleibt immer nur Privatare gefüllt, während die ordinäre vernachlässigt wird, trotzdem es in der Natur der Sache liegt, daß eine Preissteigerung der Erstern auch die der Letztern mit sich bringen muß und wird für solche 20 Thlr. bezahlt. Wiederholt Mittelarten bis zu 30 Thalerpreisen und für seine Gattungen 40 Thlr. und darüber gezahlt werden. — Wir haben schon früher an dieser Stelle die Nachtheile betont, welche wir dadurch erleiden, daß die hier durchpassirenden Posten nur aus zweitgrößigen Wagen bestehen und daß hier Beifahrer überhaupt nicht gestellt werden. Wir müssen aber immer wieder darauf zurückkommen, da fast an jedem Tage dergleichen Beifahrer in Binnentelegramm bestellt werden müssen, wenn sich die Reisenden nicht der Gefahr aussetzen wollen, zurück zu bleiben und den Bahnhofschluß zu verpassen. Abgesehen davon, daß es für das Publikum unständlich ist, müssen die sich meldenden Passagiere in diesen Fällen die Depesche nach Binnentelegramm und den Sitzplatz von dort bis hierher bezahlen, ohne ihn zu benutzen. Es wäre also dringend zu wünschen, daß die Oberpostbehörde hier Abhilfe schaffe. Die biesige Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer am 18. d. Mts. statigefundene Sitzung beschlossen, die intermittische Verwaltung der im Monat Dezember hier vakant werdenden Bürgermeisterstelle dem Hrn. Beigeordneten Klätte zu übertragen, welcher sich auch bereit erklärt, dieselbe ohne jede Remuneration bis zur Wiederbefestigung zu übernehmen.

**O. Ostrowo**, 17. November. [Bur Synagogenkatastrophen.] Die Anzahl der nach der unglücklichen Synagogenkatastrophe gebliebenen hilfbedürftigen Kinder hat sich leider noch um fünf vermehrt. Es sind dies die Kinder einer Frau Sobersta, welche bis dahin dieselben, wenn auch mühsam, s doch ohne fremde Hilfe ernährt, bei dem unglücklichen Vorfall aber sich so erkältete, daß sie in Folge dessen total erblindet und daher außer Stande ist, sich und die Ihrigen ferner zu ernähren. Unterstützungen, Beiträge, beiderseits von Breslau, Berlin und Posen gingen und gehen noch ein und hoffe das Komitee, für die betreffenden Hilfbedürftigen nicht nur eine bloße vorübergehende Unterstützung gewähren, sondern auch für jedes derselben einen Fonds zu einer späteren, nachhaltigen Aushilfe bilden zu können.

**o. Bleichen**, 17. Nov. [Kreislehrerverein.] Auf Veranlassung eines hier zusammengetretenen Komites versammelten sich gestern Nachmittags eine große Anzahl Lehrer befußt Bildung eines Kreislehrervereins. Nach Berathung der Statuten wurde Herr Lehrer Hässner von hier zum Vorsitzenden gewählt. Auf der Tagesordnung der Dezemberversammlung steht die Unterzeichnung einer Petition an den Landtag befußt Aufbesserung des Landlehrereinkommens auf jährlich 270 Thlr., da sich allgemein die Ansicht geltend macht, daß eine Lehrerfamilie mit jährlich 180 Thlr. nicht existiren könne und die Lehrer in biesiger Provinz den schlechtesten im Einkommen mindestens gleichgestellt werden müssen.

**o. Schröda**, 19. November. [Gesinde. Wegebauten. Bräume.] Der Antrag auf Bestrafung des Gesindes wegen unrechtmäßigen Verlassens des Dienstes, Wiederspätigkeit u. f. w. erfolgt hauptsächlich durch die Wirtschafts-Beamten bei den betreffenden Polizeibehörden. In Folge dessen macht das biesige Landratsamt durch eine Kreisschulds-Bekanntmachung darauf aufmerksam, daß dieses Verfahren illegal sei und die Bestrafung daher in Zukunft nur auf Antrag der Die nftsherrschft erfolgen werde. — Im biesigen Kreis befinden sich noch

Es sind dies die beiden Hauptbestandtheile der meisten im Handel vorkommenden Düngestoffe, wie Knochenmehl, Peruguano, Stickstoff oder ammonialhaltige Superphosphate und dergl. Der Unterschied der verschiedenen Substanzen liegt einerseits in deren quantitativen Gehalten an Stickstoff und Phosphorsäure, andererseits in der Form, in welcher diese beiden Pflanzennährstoffe in den Düngemitteln enthalten sind, nämlich, ob diese im Wasser löslich, also direkt aufnehmbar für die Pflanzenwurzeln sind (wie bei den Superphosphaten), oder zunächst noch im Boden durch Verwitterung aufgelöst werden müssen (wie bei dem Knochenmehl). Die erstenen Düngemittel wirken natürlich rascher, als die letzteren. Es kommen nun auch Düngemittel im Handel vor, welche nur einen dieser beiden Nährstoffe enthalten. Chilisalpeter und schwefelsaures Ammonium enthalten nur Stickstoff, keine Phosphorsäure; die stickstoffreinen Superphosphate enthalten dagegen nur Phosphorsäure, keinen Stickstoff. Im Allgemeinen ist die Verwendung dieser einseitigen Düngemittel weniger zu empfehlen, als diejenigen Substanzen, welche gleichzeitig Stickstoff und Phosphorsäure dem Boden zuführen, für besondere Fälle sind sie dagegen recht nützlich. Am Schluß seines Briefes empfiehlt Herr Dr. P. als reelle Bezugssachen die chemische Düngersfabrik von Moritz Milch & Comp. in Jerzyce bei Posen, S. Calvary in Posen und die Ostdeutsche Produktionsbank daselbst deren Lager unter der Kontrolle der agrarchemischen Versuchsstation in Ruschen stehen. — In der am vergangenen Freitag Abends stattgehabten allgemeinen Versammlung des Vereins wurde das erwähnte Antwortschreiben des Herrn Dr. Peters verlesen, worauf der Vorsitzende, Pr.-Lieut. a. D. v. Knobelsdorff einen Vortrag über eine Reise in der Grafschaft Glogau hielt. — Auf dem heute hier stattgehabten Jahrmarkt sind sehr viele Pferde zum Verkauf gestellt worden. Da aber dieselben meist von nicht guter Beschaffenheit waren und die Eigentümer unmöglich Forderungen stellten, so wurden nur sehr wenig Käufe abgeschlossen. Rindvieh war in bedeutender Anzahl aufgetrieben und wurde zum größten Theile mit guten Preisen bezahlt. Nutztiere von nur mittelmäßiger Qualität sind bis 40 Thlr. bezahlt worden. Auf dem Krammarkt fand ein sehr reger Verkehr statt.

### Fröbel'sche Kindergärten.

I.

Deutsch lehren — deutsch lernen! Das ist die Lösung, welche die Staatsregierung aus guten Gründen mit und seit Erlaß des bekannten Schulaufsichtsgesetzes vom 11. März d. J. für die polnische und für die deutsch-polnische Schule dieser Provinz ausgegeben hat.

Die Kinder polnischer Zunge in den Stand zu setzen, neben ihrer polnischen Muttersprache auch der deutschen im gewöhnlichen Verkehr, wie ihn das praktische Leben mit sich bringt, sich zu bedienen, — das ist Zweck und Ziel des deutschen Sprachunterrichts in polnischen oder gemischten Elementarschulen, — so spricht in Nr. 11 dieses Jahrganges das Amtliche Schulblatt der Provinz Posen zu den Lehrern.

In den Beratungen der am 29. Oktober d. J. in Posen zusammengerufenen Schulkonferenz ist ferner (laut der Posener Zeitung — conf. Beilage zu Nr. 512) festgesetzt worden:

1) Ziel des Unterrichts in der deutschen Sprache ist für alle Elementarschulen der Provinz Posen die Fertigkeit im geläufigen und thunlichst korrekten mündlichen und schriftlichen Gebrauch dieser Sprache bei den aus der Schule zu entlassenden Kindern."

Dieses Ziel soll erreicht werden! Kann es aber auch erreicht werden? In den städtischen Elementarschulen ist es — wenn auch mit einiger Schwierigkeit — zu erreichen, sehr schwer dagegen in den ganz polnischen ländlichen Schulen unter den gegenwärtigen Zuständen.

In den Städten ist die Bewölfung eine gemischte, Deutsche und Polen wohnen oft in einem Hause, die Kinder derselben spielen, verkehren miteinander, und oft, noch ehe das politische Kind in die Schule eintritt, hat es im Deutschsprechen bereits einige Fertigkeit erlangt; auch ist der Schulzuschuß in den Städten regelmäßiger, gewöhnlich wirken mehrere Lehrer an der Schule, und auch die Eltern sehen eher darauf, daß ihre Kinder etwas lernen, beaufsichtigen die häuslichen Schularbeiten der Kinder, sorgen womöglich noch für Privatunterricht der selben u. s. w.

Bei gutem Willen des Lehrers kann also das vorgeschriebene Ziel, wenn auch mit einiger Schwierigkeit und einem Nachtheile für die übrigen Unterrichtsgegenstände, erreicht werden, dagegen:

ohne alle Schwierigkeit und mit keinem Nachtheile für die übrigen Unterrichtsgegenstände durch die Einführung der Fröbel'schen Kindergärten und der Simultan-Schule.

Biel ungünstiger, wie in den Städten, verhält es sich auf dem Lande. Es gibt noch einzelne Dörfer, wo oft der Lehrer die einzige Person ist, welche der deutschen Sprache mächtig ist, denn wenn auch dieser und jener von Militair zurückgeführt, etwas Deutsch versteht, so wendet er doch die deutsche Sprache im gewöhnlichen Umgange mit den Seinen nicht an. Das Kind hört also kein deutsches Wort außer: in der Schule. Nun aber hat der Lehrer in seiner Schule vielleicht 100 bis 150, ja oft noch mehr Kinder zu unterrichten, hat er da nicht vollauf zu thun mit dem Religionsunterricht, der Muttersprache und den Realien, besonders wenn man den unregelmäßigen Schulbesuch auf dem Lande berücksichtigt? Selbst wenn der Lehrer von dem besten Willen belebt ist, allen an ihn gestellten Anforderungen nachzuhelfen, und auch die Fähigkeit dazu besitzt, ist er im Stande, den ihm entgegentretenen Schwierigkeiten wirksam zu begegnen, besonders:

bei den Anforderungen, welche im Religionsunterricht an ihn gestellt werden?

In den Schulen, wo sich am Orte eine Kirche befindet, soll der Geistliche den Religionsunterricht ertheilen, an allen anderen Schulen ertheilt denselben der betreffende Lehrer. Nun aber hat der Herr Erzbischof verfügt, daß sämtliche Schulkinder, welche das 11. Lebensjahr erreicht haben, das Sakrament der Buße, und in dem folgenden Jahre das Sakrament des Altars empfangen sollen, mithin sollen die 12-jährigen fath. Schulkinder schon denselben Grad von Kenntnissen in der Religion besitzen, welcher in den evangelischen Schulen von den Kindern nach zurückgelegten 11. Lebensjahren gefordert wird, und dabei erhalten die Herren Pastoren selbst den Konfirmandenunterricht in schulfreier Zeit, während ca. 2 Jahre, während sich größtentheils die Herren Professe bequemen: mit den vom Lehrer bereits vorbereiteten Kindern in den letzten Wochen vor Empfangszeit der Sakramente die Lehre von denselben kurz zu wiederholen resp. die Kinder darin zu examiniren, und dann oft noch während der Schulzeit, wodurch dem Lehrer der Schulunterricht gestört wird, da ja alsdann die betreffenden Kinder dem Schulunterricht nicht beiwohnen. \*)

Nun fragen wir: Wo soll der katholische Landlehrer bei dem unregelmäßigen Schulbesuch der Kinder, bei der Laiheit der Eltern für die Schule und vor Allem, bei dem im Religionsunterricht an ihn gestellten Anforderungen noch die nötige Zeit benehmen, um den deutschen Unterricht so wirksam zu ertheilen, daß er den Vorschriften der vorgefeschten Behörde nachkommt?

Der Abgeordnete Graf Renard sagte im Abgeordnetenhaus in seiner Rede am 1. Februar dieses Jahres in Betreff der polnischen und deutschen Sprache in den Schulen Oberschlesiens:

Entweder regermanifire man jenen Landesteil oder man gehe auf die polnische Sprache über, und gebe dann aber auch polnische Schulen, Gymnasien und Universitäten. Aber man lasse nicht den gleichzeitigen Gebrauch zweier Sprachen noch ferner zu, nachdem man ihn als Hindernis der Bildung erkannt hat."

Nun, die l. Regierung zu Oppeln hat das Erstere beschlossen, die l. Regierungen zu Posen und Bromberg thun auch das Ihrige zur weiteren Verbreitung der deutschen Sprache in den polnischen Schulen der Provinz. Da es aber nicht der Wille der hohen Regierung ist, die polnische Sprache aus den polnischen Schulen der Provinz zu verdrängen, sondern neben der polnischen auch der deutschen Sprache die

gehörige Verbreitung zu sichern, so müssen schon beide Landessprachen in den politischen und gemischten Schulen gehörig und gelernt werden, aber, da dieses mit Schwierigkeiten verbunden ist, so sollten auch alle Mittel benutzt werden, welche zur baldigen Erreichung des von der Regierung angestrebten Ziels beitragen, und da bieten sich zwei vortreffliche Mittel dar:

- 1) Die Einführung der Fröbel'schen Kindergärten.
- 2) Die allgemeine Einführung von Simultan-Schulen.

### Aus dem Gerichtssaal.

Hamburg, 17. November. Vor dem Strafgericht spielt sich am letzten Samstag ein interessanter Injurienprozeß ab. Der bekannte Schriftsteller Dr. Martin Cohn, genannt A. Mels, war am 15. Oktober aus Anlaß seiner im "Omnibus" veröffentlichten "Erinnerungen an den Aufenthalt Napoleons auf Wilhelmshöhe" in einem öffentlichen Lokal von dem Maurermeister Voigt "ein Schuft", ein elender gemeiner Kerl genannt worden, "dem man ins Gesicht spucken müsse, daß er so etwas als Deutscher geschrieben u. s. w." Der Angeklagte gab diese Anfeindungen vollständig zu, verneigte jedoch eine Ehrenklärung. Dr. Werz, Vertheidiger des Angeklagten Voigt, las mehrere Stellen aus jenen "Erinnerungen", die zur Verherrlichung Napoleons dienen, vor und ebenso wurden unter allgemeiner Heiterkeit auch mehrere kritische Stellen des "Kladderadatsch" verlesen. Dr. Schrader, der Anwalt von A. Mels, richtiger Dr. Cohn, wies darauf hin, daß das Urteil über Napoleon III. noch keineswegs abgeschlossen sei, und daß auch Göthe seiner Zeit, als er Napoleon I. verherrlicht, des Servilismus beschuldigt sei. Es wurde das Generalstaatswerk zitiert, daß Napoleon den Krieg nicht gewollt, sondern nur das Schürzen der Preß hierzu beigetragen habe. — Des Angestellten Anwalt bemerkte, daß es ihm ja gar nicht in den Sinn kommen könne, die Handlung seines Mandanten zu vertheidigen, sie müsse nur unter mildernden Gesichtspunkten aufgefaßt werden. "Die Szene spielt nicht auf der Weltbühne oder in dem unbegrenzten Reich der Gedanken, sondern einfach — in einem Lokal. Ob der Größe Napoleons könne man verschiedener Meinung sein, und Thiers habe diesen Parvenu eine „verkannte Unfähigkeit“ genannt. Hier liege nicht Beleidigung aus Bosheit, sondern aus verlestem patriotischem Gefühl vor." Das Gericht ging auf die von A. Mels, richtiger M. Cohn, beantragte 3monatige Gefangenstrafe nicht ein, ebenso auch nicht auf die Veröffentlichung des Urteils in den Zeitungen, sondern erkannte auf 100 Thlr. Geldbuße. (Börsen-Ztg.)

### Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* Neue Militärische Blätter, herausgegeben von G. v. Glaser. Inhalt des November-Heftes: Prinz Albrecht Eine Lücke im neuen Penitengesetz. Die freiwillige Krankenpflege im Felde und ihre Umgestaltung. Zur Kavalleriefrage, im Gefecht bei Weissenburg. Is Nederland verdeckt? Das österreichische Militärbudget pro 1873. Der Thronwechsel in Schweden. Die Flottentambiditionen der kaiserlichen Marine. Literaturcorrespondenzen aus Süddeutschland, Österreich, Belgien, Frankreich. Kleine Mittheilungen aus Preußen, Österreich, Russland, Italien, den Nordischen Reichen, aus dem artilleristischen Gebiete und der Militär-Literatur.

\* Preußischer Kalender für Damen 1873. Berlin, f. Geh. Ober-Hof-Buchdruckerei (R. v. Decker), elegant gebunden mit Goldschnitt. Preis 25 Sgr. Dieser gern gelesene Begleiter für Damen in ihren gesellschaftlichen und häuslichen Obliegenheiten erscheint diesmal früher als sonst und gewinnt dadurch Zeit, seine Besitzer auch darin auszudehnen, wohin er bisher noch nicht gelangt sein sollte. Das niedliche Damen-Kalenderchen stellt sich wieder in full dress vor, geschnitten mit dem Bildnis des zweiten Sohnes des Kronprinzen, Prinzen Heinrich, in Marine-Uniform, mit dem Hintergrunde eines Seehafens. Der Damen-Kalender vervollständigt somit immer mehr durch seine Titelbilder die Galerie von Familienporträts der jungen Sprößen des Hohenzollernhauses. Die sonstige Ausstattung des Kalenders ist die gewohnte.

\* Im Verlage der f. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei (R. v. Decker) ist erschienen die Gedichte des Thüringischen Ulanen-Regiments Nr. 6 vom Jahre 1864 bis 72. Im Auftrage des Regiments bearbeitet von Karl Freiherrn von Langemann, Seconde-Lieutenant. Dem Büchlein ist eine sehr hübsche Übersichtskarte beigegeben, die unter geschickter Weglassung alles nicht zur Sache Gebörigen, die Marschlinie des Regiments von Landau bis Le Mans, die Geschäftsstätten und die Rückmarschlinie giebt.

### Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Preuß. Bodenkredit-Aktienbank. In den Statuten der Preußischen Bodenkredit-Aktienbank findet sich bekanntlich die Bestimmung vor, daß bei einer Erhöhung des Grundkapitals über 5,000,000 Thlr. hinaus die landesherrliche Genehmigung erforderlich sei. Dem entsprechend ist für die unlängst beschlossene Vermehrung des Aktienkapitals der Gesellschaft die Genehmigung des Königs nachgesucht und die hierauf bezügliche Kabinettsordre auch bereits vollzogen worden. In Folge davon hat die Verwaltung der Gesellschaft beschlossen, mit der Begebung der neuen Aktien nunmehr vorzugehen. Es werden dieselben den alten Aktionären zum Kurse von 120, und zwar für je eine alte Aktie eine neue, zur Verfügung gestellt und wird dieses Bezugssrecht bis zum 12. Dezember ausgeübt werden müssen.

Amsterdam, 20. Nov. Die heutige Kaffee-Auktion der niederländischen Handels-Gesellschaft ist, wie folgt, abgelaufen:

Ballen.	Beschreibung.	Taxe Ets.	Ablauf Ets.
1,993	Java Breanger, braun bis lichtraum . . .	57 a 58	57½ a 58½
5,054	do. do. gelb . . .	52½ a 55	52½ a 54½
4,892	do. Tjilatjar . . .	47½ —	47½ a 48
4,081	Padang bovenlantola und Über Bangies . . .	46 a 48½	46 a 49¾
2,449	Java blank gelblich bis blank . . .	47 a 48	47½ a 48½
123	do. Cheribon . . .	47½ —	48 —
11,561	do. blank bis blau . . .	46½ a 47	47 a 47¾
1,085	do. dunkelblau und blau . . .	47 a 49	47 a 49½
1,916	do. westind. Art . . .	46 a 47	46½ a 47
3,245	do. Tagal . . .	46½ —	46½ a 47
1,100	do. Havanna-Art . . .	46 —	46½ a 46¾
13,113	do. blau grünlich . . .	46 —	46½ a 47¾
5,201	do. Solo . . .	46 —	46½ a 47
695	do. grau . . .	46 a 46½	46 a 47½
9,120	do. Malang u. Tenger . . .	46 a 47	46 a 47½
12,071	do. fuchsia und grün . . .	46 —	46 a 46½
2,005	do. ordinär u. Triage . . .	39 a 44½	36½ a 45¾
4,699	B. S. und diverse . . .	— —	— —

84,403 Ballen Java- und Padang-Kaffee.

Packungen unter 100 Ballen sind hierbei nicht in Betracht gekommen.

\*\* Die zahlreichen Strikes der Tischler, Zimmerleute u. s. w. in England und Amerika haben dahin geführt, daß die Ingenieure sich angelegerlich mit der Erfundung von Maschinen beschäftigen, welche die Tätigkeit jener Handwerker zu ersetzen bestimmt sind. Es liegen bereits überraschende Resultate vor, die bei Allen, Ransom u. Comp. in London ausgestellt wurden. Säge-, Stemm- und Hobelmaschinen verrichten in Viertelstunden, woran viele Arbeiter sonst Tage und Wochen schaffen müssten. Ein Arbeiter mit einem Knaben macht mit der Maschine 30 Arbeiter entbehrlich. Eine Thür konnte in 3 Minuten fertig hergestellt werden. Diese Erfindungen dürften eine Revolution in den erwähnten Handwerken hervorrufen. Auch auf anderen Gebieten sind, durch die letzten Strikes veranlaßt, die Ingenieure bemüht, Maschinen an die Stelle der Handarbeit zu setzen.

Boston. Nach einer von der Direktion der Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft North British und Mercantile bezüglich des Brandes in Boston hier eingegangenen Mittheilung beläuft sich der Schaden der Gesellschaft für eigene Rechnung auf 90—100 Tausend Pfund Sterling. Dieselbe wird nach der jetzigen Lage des Geschäfts im Stande sein, den Schaden aus den Überläufen an der bisher bedeutend höheren Prämien-Einnahme dieses Jahres sofort zur Auszahlung zu bringen, so man ist zu der Hoffnung berechtigt, die übliche Dividende von 20 p.C. auch für 1872 zahlen und außerdem den Reserve-Fonds ansehnlich vermehren zu können. Die Gesellschaft war übrigens im Verhältniß zu ihrem ausgedehnten Geschäft in Boston gering beteiligt.

Berantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Bösen.

### Angekommene Fremde vom 21. November.

HOTEL DES BERLIN. Off. a. D. u. Rittergutsbes. v. Okolinstki a. Baczkow, Burghardt a. Gurtatow, Krause a. Stenckewo, Haas u. Frau a. Kolatka, Nocht a. Elbing, die Fabrik Eichberg a. Polajewo u. Namel a. Greisch, Apoth. Melke u. Fam. a. Schwerzen, Rechts-Krause a. Niepruczewo, Frau Oberf. Mischna u. Brennerei-Ind. Oberf. St. Tomysl, Posth. Bielefeld, Distrikts-Komm. Vothe u. Oberförster Hellenschmidt a. Stensckewo.

KAUFS HOTEL. Die Landwirthe Meyer a. Schneidemühl u. Heinz a. Giesen, Regimenter Neumann a. Schrimm, Comptorist Fröhlich a. Tiegenhoff, Kaufm. Eckert a. Czempin, Fr. Bella u. Fr. Fechner a. Berlin, Bauschreiber Stanz a. Wabern.

Lagerbier der Actien-Bierbrauerei zu Löbau (Sachsen) empfiehlt 25 Fl. für 1 Thlr., Hectoliter 7 Thlr. 10 Sgr. Kaiserbier 25 Fl. 1 Thlr. 1 Sgr. H. Fuchs, 10. Markt 10. Bitte auf den rothen Wagen zu achten.

An Beiträgen für die Überschwemmten in Eckernförde sind ferner bei uns eingegangen:

Rendant Spangenberg 1 Thlr., Hecht, Ritsche 1 Thlr., E. G. Koźm. 2 Thlr.

Für die Überschwemmten in Stralsund: Trapp 10 Thlr. Dr. Wasner 2 Thlr.

Weitere Beiträge nimmt bereitwillig entgegen die Exped. der Posener Zeitung.

Stettin, am 17. November 1872.

### Aufruhr.

Die Sturmfluth des 12. und 13. d. M. hat an den Küsten unserer Provinz großes Unheil bereitet. Viele Anwohner des Meeres sind obdachlos geworden, Viele sind um ihr Hab und Gut gekommen, Viele haben an demselben erhebliche Einbuße erlitten. — Die Not ist groß; größer als die Zeitungsnachrichten vermuten lassen. Um den Bedrängten unserer Provinz, so viel wie möglich ist, zu helfen, haben die Unterzeichnaten sich zu einem Komitee zusammengethan, um Geldbeiträge zu sammeln und unter die Notleidenden zu verteilen. Sie richten an alle Bewohner unserer Stadt, unserer Provinz, des ganzen Vaterlandes den dringenden Ruf, die herzliche Bitte:

Helft ein Jeder

det sich das unterzeichnete Komite vertrauensvoll an die Mitbürger in der Nähe und Ferne mit der dringenden Bitte um schleunige Hilfe.

Die freundlichen Gaben werden von jedem der unterzeichneten und der Exped. der Posener Zeitung entgegengenommen.

Eckernförde, den 15. November 1872.

v. Estorff, Jahn, Rathgen,  
Landrat. Bürgermeister. Stegelmann, Rathgen,  
Bürgermeister. Rentier.

Eismann,  
Seminardirektor.

## Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

### „Revalescière Du Barry von London.“

Keine Krankheit vermag der delikaten Revalescière du Barry zu widerstehen und bewährt sich dieselbe ohne Medicin und ohne Kosten bei allen Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Atem-, Blasen- und Menstrualenleiden, Tuberkulose, Schwindfucht, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhoe, Schlaflösigkeit,

Die Lieferung von Kies für die Chancée Gnesen-Gonsawa soll im Wege der Substation vergeben werden. Zu diesem Behufe ist ein Termin auf

den 29. d. Mts.,

Vormittags 10 Uhr, im Tschirkeischen Gasthause in Rogow anberaumt.

Die Lieferungs-Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht.

Mogilno, den 16. Novbr. 1872.

Der Königl. Landrat.

### Bekanntmachung.

Der hiesige Bürgermeisterposten mit einem jährlichen Gehalte von 500 Thlr. und Nebenvergütungen ist vacant und soll baldigst wieder besetzt werden.

Qualifizierte Bewerber wollen sich bis

den 2. Dezember er.

Wiederholung, den 15. November 1872.

Der Stadtverordnetenvorsteher

Sawinsky.



### Märkisch-Posener Eisenbahn.

Vom 1. December c. ab werden im direkten Personen-Verkehr zwischen mehreren Stationen der diesseitigen und der Salle-Sorau-Gubener Eisenbahn auch Billets IV. Klasse zur Verausgabung gelangen.

Guben, den 18. November 1872.

Der Special-Direktor.

### Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Zalzwehau land unter Nr. 27 liegende, dem Joseph Kalka und dessen Frau Agnes geborenen Witt gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalt von 12 Hektaren 71 Acre 70 Quadratrab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Beinertrag von 18 Thlr. 18 Sgr. und der Gebäudesteuer mit einem Zugunwerte von 43 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Substation am

Dienstag

den 11. Februar 1873,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Kommissar arztes, wovon die Gläubiger, welche Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Grätz, den 11. November 1872.

Königliches Kreis-Gericht.

I. Abtheilung.

Der Kommissar des Konkurses

### Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Miloslaw, Wirscher Kreis, sub Nr. 8 lebende, im Hypothekenbuch dieser Stadt eingetragene, dem Lewy (Louis) Heinrich Fried zu Miloslaw gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf die Namen des genannten Fried berichtigte ist, und welches zur Gebäudesteuer mit einem Zugunwerte von 112 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Substation

den 5. Februar 1873,

Nachmittags um 2 Uhr, in Ort und Stelle in Miloslaw versteigert werden.

Der Beschluß über die Erteilung des Auftrags wird in dem auf den 7. Februar d. J.,

Vormittags 9 Uhr, im Geschäftslokale des unterzeichneten Königl. Kreisgerichts anberaumten Zeitung öffentlich verkündet werden.

Wiederholung, den 13. Novbr. 1872.

Königliches Kreisgericht.

Der Substations-Richter.

### Bekanntmachung.

Bei dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns C. J. Dampmann zu Neutomysl hat der Kaufmann J. Z. Goldberger in Berlin eine Kommissionsforderung von 49 Thlr. 16 Sgr. 3 Pf. ohne ein besonderes Vorrecht zu beanspruchen, nachträglich angemeldet.

Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf

den 13. December cr.,

Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Kommissar arztes, wovon die Gläubiger, welche Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Grätz, den 11. November 1872.

Königliches Kreis-Gericht.

I. Abtheilung.

Der Kommissar des Konkurses

### Auktion.

Freitag, den 22. d. M., Vormittags 11 Uhr, wird auf dem Ober-Öffnungs-Bahnhof hier selbst eine um 15000 Personen die Wiederverteilung ihrer Gesundheit. Über Zweck und Erfolg dieses Buches wird in allen Regiesungen in einer besonderen Denkschrift Bericht erstattet.

Der Güter-Expeditions-

Vorsteher

Authenrieth.

Klinik für Kinderkrankheiten. Dr. Berliner, Breslau, Taurianstraße Nr. 71. Auswärtigen wird brüderlich Nach erachtet.

Posen, den 13. November 1872.

Königliches Kreisgericht.

Der Substations-Richter.

gez. Heyl.

### Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Krotoschin, Kreisgebiet belegene, im Hypothekenbuch verzeichnet unter Nr. 148 eingetragene, dem Bürger Paul Ludwig Arndt gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtigte ist, und welches mit einem Flächen-Inhalt von 18 Acre 20 Quadratrab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Beinertrag von 1 Thlr. 11 Pf. und der Gebäudesteuer mit einem Zugunwerte von 46 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Substation am

Dienstag

den 11. Februar 1873,

Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des hiesigen Königlichen Kreisgerichts, Geschäftszimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 13. November 1872.

Königliches Kreisgericht.

Der Substations-Richter.

gez. Heyl.

### Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Krotoschin,

Kreisgebiet belegene, im Hypo-

thekenbuch verzeichnet unter Nr. 148 ei-

ngetragene, dem Bürger Paul Ludwig

Arndt gehörige Grundstück, dessen

Besitztitel auf den Namen des Genan-

nen berichtigte ist, und welches mit

einem Flächen-Inhalt von 18 Acre

20 Quadratrab der Grundsteuer un-

terliegt und mit einem Grundsteuer-

Beinertrag von 1 Thlr. 11 Pf. und

der Gebäudesteuer mit einem Zugun-

werte von 46 Thlr. veranlagt ist, soll

im Wege der nothwendigen Sub-

station am

16. Januar f. J.,

Nachmittags um 3 Uhr,

im Lokale des Gerichts-Kommission

in Krotoschin versteigert werden.

Posen, den 28. Oktober 1872.

Königliches Kreisgericht.

Der Substations-Richter.

gez. Heyl.

### Wilh. Neuländer,

Markt 60, Ecke d. Breslauerstr.,

empfiehlt als besonders preiswürdig sein großes Lager voll.

Artikel, als: Tafellentücher, Peleinen, Kopftuch, Gesund-

heitshemden, Unterhosen, Camaschen, sowie

sein assortiertes Lager in Posamentier- und Weißwaren einer

geeigneten Belebung.

Wilh. Neuländer,

Markt 60, Ecke der Breslauerstr.

keit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blut-auf, steigen, Ohrenbrauen, Nebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus-Gicht, Bleichfucht. — Auszug aus 72,000 Certifikaten, die aller Medicin widerstanden:

### Certificat Nr. 57.42.

Glauchau, 14. Juli 1867.  
Ihrer Revalescière habe ich nächst Gott in meinen furchtbaren Magen- und Nervenkrankheiten das Leben zu verdanken.

Johann Göde, Provisor der Pfarre Glauchau,  
Post Unterbergen bei Klagenfurt.

### Certificat Nr. 62.914.

Westfau, 14. September 1868.  
Da ich jahrelang für chronische Hämorrhoidalleiden, Leberkrankheit und Verstopfung alle mögliche ärztliche Hilfe ohne Erfolg angewendet, so nahm ich in Verzweiflung meine Zuflucht zu Ihrer Revalescière. Ich kann dem lieben Gott und Ihnen nicht genug danken für diese wölfische Gabe der Natur, die für mich die unberechenbarste Wohlthat gewesen ist.

Rahrhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Argentien.

In Blechbüchsen von 1/2 Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfund 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalescière Chocolates in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. Revalescière - Bisquits in Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du

Barry & Co. in Berlin, 178 Friedrichstraße; in Posen: Rothe Apotheke A. Pfuhl, Krug & Fabritius, S. Fromm, Jakob Schlesinger Söhne, in Polnisch-Lissa bei S. A. Scholz, in Bromberg bei S. Hirschberg, Firma: Jul. Schottländer, in Graudenz bei Fritz Engel, Apotheker, in Breslau bei S. G. Schwarz, und in allen Städten bei guten Apothekern, Droguen-, Spezerei- und Delikatessehändlern.

## Wohlschmeckende Heilnahrungsmittel führen zur Genesung, namentlich bei Unterleibsleiden und Lungenerkrankheiten.

An den Reg. Hoflieferanten Hrn. Johann Hoff in Berlin. Leipzig, 25. März 1872. Ihr Malzextrakt-Gesundheitsbier thut dem Patienten entschieden gut und wird von ihm gern getrunken. Freifrau von Bielfeld.

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Plessner, Markt 91; Frenzel & Co., Breslauerstraße 38 und Wilhelmstraße 6; in Neutomysl Herr A. Hoffbauer; in Deutschen Herr A. Mansard; A. Jaeger, Konditor in Grätz; in Schrimm die Herren Cassiel & Co.; in Schröda Herr Fischel Baum; in Wongrowitz Herr Herrm. Ziegel; in Pleßchen: L. Zboralski.

## Außerordentliche Preisherabsetzung

der besten, neuesten und vorzüglichsten Werke,

welche sich zu Festgeschenken eignen,

wie Pracht-Kupferwerke, Classiker, Belletristik, Romanliteratur u. s. w.

u. s. w., welche nur zu nie dagewesenen Spottpreisen

durch die Buchhandlung von A. Henschel & Co. in Hamburg

zu beziehen sind.

1) Schiller's sämtliche Werke, 2) Götthe's Werke, 3) Lessing's Werke, alle drei in Prachtbänden, zusammen nur 4 Thlr. — Bulwer's Romane, schönste deutsche Ausgabe, beste Übersetzung, 31 Theile, statt 6 Thlr. nur 2 Thlr. — Freya, Pracht-Kupferwerk mit hunderten von Stahlstichen, colorirten Kupfern und Holzschnitten nebst Legt der besten Schriftsteller, in einem Prachtband, nur 35 Sgr.! — 1) Ratzschmidt's Fremdwörterbuch, neueste Ausgabe 1872, über 20,000 Worte enthalten. 2) Vollständiges Handbuch für Kaufleute, die ganze Handelswissenschaft enthaltend, wie: Buchführug, Correspondenz, Geld, Wechsel- und Wertpapierhandel u. c. u. nebst einem vollständigen Wörterbuch, eleg. geb., beide zusammen nur 1 Thlr. — Dr. J. Müller, Die Alterthümer des östindischen Reiches, mit prachtvoll ausgeführten colorirten Kupfern nebst Legt, in einem Prachtband, statt 4 Thlr. 15 Sgr. nur 1 Thlr. 28 Sgr.! — 1) Görner's sämtliche Werke, neueste Ausgabe, 2 Bde., sehr eleg. geb. 2) Wanderungen unter den Indianern Nordamerika's, höchst interessant für Jung und Alt, mit prachtvoll colorirten Kupfern und vielen Holzschnitten, geb., beide Werke zusammen nur 40 Sgr.! — Scholke's sämtliche Novellen und Dichtungen, neuste Ausgabe, 12 starke Bände, nur 4 Thlr. 12 Sgr.! — Das Weib in allen Lebens- und Krankheitsfällen von der Kindheit bis zum höchsten Alter, 1 Thlr. — Neuere Romanbibliothek, herausgegeben von den ersten und besten Schriftstellern der Neuzeit, 10 starke Octavbände, die schönsten Romane entl., nur 35

## Englische Leihbibliothek.

Meine durch eine Anzahl Novitäten neuerdings minder ergänzte englische Leihbibliothek empfiehlt sich zu genügender Bezeichnung.

## Louis Türk.

Ga. 70 bis 80 Str. Pfauennimus  
offerren bildigt

## Schneider & Härtel,

Wasserstraße 28.

Fr. Kiel. Sprotten, Spießbüchlein,  
mar. Knöcheln, Silberlachs, Lachs,  
Forellen, ger. und mar. Kal empfiehlt

## E. Schmidt,

Breslauerstraße 13.

Räucher-Lachs ger. u. mar. Kal  
Specklunden u. ger. Lachsheringe  
empfiehlt heute u. empfiehlt

K. Szule, Woferstr. 25.

## Schmalz-Offerte.

Eine leistungsfähige Schmalzhandlung en gros in Hamburg,  
sucht in Posen einen

## thätigen Agenten.

Offeren mit Referenzen sub E.  
Nr. 2326. b. föd. die Annonen-  
Expedition von Rudolf Masse  
in Hamburg.

Ein frequenter Gasthof  
wird mit einer Anzahlung von 3000 Thaler zu kaufen gesucht. Nähe-  
res zu erfahren durch die Expedition  
dieser Zeitung.

Nue Milchdierlage, Büttel-  
straße 20, vom Dom. S. C., wird auf  
Verlangen ins Haus getragen.

## Börsen-Telegramme.

Ga. 70 bis 80 Str. Pfauennimus  
offerren bildigt

## Schneider & Härtel,

Wasserstraße 28.

Fr. Kiel. Sprotten, Spießbüchlein,  
mar. Knöcheln, Silberlachs, Lachs,  
Forellen, ger. und mar. Kal empfiehlt

## E. Schmidt,

Breslauerstraße 13.

Räucher-Lachs ger. u. mar. Kal  
Specklunden u. ger. Lachsheringe  
empfiehlt heute u. empfiehlt

K. Szule, Woferstr. 25.

## Schmalz-Offerte.

Eine leistungsfähige Schmalzhandlung en gros in Hamburg,  
sucht in Posen einen

## thätigen Agenten.

Offeren mit Referenzen sub E.  
Nr. 2326. b. föd. die Annonen-  
Expedition von Rudolf Masse  
in Hamburg.

Ga. 70 bis 80 Str. Pfauennimus  
offerren bildigt

## Schneider & Härtel,

Wasserstraße 28.

Fr. Kiel. Sprotten, Spießbüchlein,  
mar. Knöcheln, Silberlachs, Lachs,  
Forellen, ger. und mar. Kal empfiehlt

## E. Schmidt,

Breslauerstraße 13.

Räucher-Lachs ger. u. mar. Kal  
Specklunden u. ger. Lachsheringe  
empfiehlt heute u. empfiehlt

K. Szule, Woferstr. 25.

## Schmalz-Offerte.

Eine leistungsfähige Schmalzhandlung en gros in Hamburg,  
sucht in Posen einen

## thätigen Agenten.

Offeren mit Referenzen sub E.  
Nr. 2326. b. föd. die Annonen-  
Expedition von Rudolf Masse  
in Hamburg.

Ga. 70 bis 80 Str. Pfauennimus  
offerren bildigt

## Schneider & Härtel,

Wasserstraße 28.

Fr. Kiel. Sprotten, Spießbüchlein,  
mar. Knöcheln, Silberlachs, Lachs,  
Forellen, ger. und mar. Kal empfiehlt

## E. Schmidt,

Breslauerstraße 13.

Räucher-Lachs ger. u. mar. Kal  
Specklunden u. ger. Lachsheringe  
empfiehlt heute u. empfiehlt

K. Szule, Woferstr. 25.

## Schmalz-Offerte.

Eine leistungsfähige Schmalzhandlung en gros in Hamburg,  
sucht in Posen einen

## thätigen Agenten.

Offeren mit Referenzen sub E.  
Nr. 2326. b. föd. die Annonen-  
Expedition von Rudolf Masse  
in Hamburg.

Ga. 70 bis 80 Str. Pfauennimus  
offerren bildigt

## Schneider & Härtel,

Wasserstraße 28.

Fr. Kiel. Sprotten, Spießbüchlein,  
mar. Knöcheln, Silberlachs, Lachs,  
Forellen, ger. und mar. Kal empfiehlt

## E. Schmidt,

Breslauerstraße 13.

Räucher-Lachs ger. u. mar. Kal  
Specklunden u. ger. Lachsheringe  
empfiehlt heute u. empfiehlt

K. Szule, Woferstr. 25.

## Schmalz-Offerte.

Eine leistungsfähige Schmalzhandlung en gros in Hamburg,  
sucht in Posen einen

## thätigen Agenten.

Offeren mit Referenzen sub E.  
Nr. 2326. b. föd. die Annonen-  
Expedition von Rudolf Masse  
in Hamburg.

Ga. 70 bis 80 Str. Pfauennimus  
offerren bildigt

## Schneider & Härtel,

Wasserstraße 28.

Fr. Kiel. Sprotten, Spießbüchlein,  
mar. Knöcheln, Silberlachs, Lachs,  
Forellen, ger. und mar. Kal empfiehlt

## E. Schmidt,

Breslauerstraße 13.

Räucher-Lachs ger. u. mar. Kal  
Specklunden u. ger. Lachsheringe  
empfiehlt heute u. empfiehlt

K. Szule, Woferstr. 25.

## Schmalz-Offerte.

Eine leistungsfähige Schmalzhandlung en gros in Hamburg,  
sucht in Posen einen

## thätigen Agenten.

Offeren mit Referenzen sub E.  
Nr. 2326. b. föd. die Annonen-  
Expedition von Rudolf Masse  
in Hamburg.

Ga. 70 bis 80 Str. Pfauennimus  
offerren bildigt

## Schneider & Härtel,

Wasserstraße 28.

Fr. Kiel. Sprotten, Spießbüchlein,  
mar. Knöcheln, Silberlachs, Lachs,  
Forellen, ger. und mar. Kal empfiehlt

## E. Schmidt,

Breslauerstraße 13.

Räucher-Lachs ger. u. mar. Kal  
Specklunden u. ger. Lachsheringe  
empfiehlt heute u. empfiehlt

K. Szule, Woferstr. 25.

## Schmalz-Offerte.

Eine leistungsfähige Schmalzhandlung en gros in Hamburg,  
sucht in Posen einen

## thätigen Agenten.

Offeren mit Referenzen sub E.  
Nr. 2326. b. föd. die Annonen-  
Expedition von Rudolf Masse  
in Hamburg.

Ga. 70 bis 80 Str. Pfauennimus  
offerren bildigt

## Schneider & Härtel,

Wasserstraße 28.

Fr. Kiel. Sprotten, Spießbüchlein,  
mar. Knöcheln, Silberlachs, Lachs,  
Forellen, ger. und mar. Kal empfiehlt

## E. Schmidt,

Breslauerstraße 13.

Räucher-Lachs ger. u. mar. Kal  
Specklunden u. ger. Lachsheringe  
empfiehlt heute u. empfiehlt

K. Szule, Woferstr. 25.

## Schmalz-Offerte.

Eine leistungsfähige Schmalzhandlung en gros in Hamburg,  
sucht in Posen einen

## thätigen Agenten.

Offeren mit Referenzen sub E.  
Nr. 2326. b. föd. die Annonen-  
Expedition von Rudolf Masse  
in Hamburg.

Ga. 70 bis 80 Str. Pfauennimus  
offerren bildigt

## Schneider & Härtel,

Wasserstraße 28.

Fr. Kiel. Sprotten, Spießbüchlein,  
mar. Knöcheln, Silberlachs, Lachs,  
Forellen, ger. und mar. Kal empfiehlt

## E. Schmidt,

Breslauerstraße 13.

Räucher-Lachs ger. u. mar. Kal  
Specklunden u. ger. Lachsheringe  
empfiehlt heute u. empfiehlt

K. Szule, Woferstr. 25.

## Schmalz-Offerte.

Eine leistungsfähige Schmalzhandlung en gros in Hamburg,  
sucht in Posen einen

## thätigen Agenten.

Offeren mit Referenzen sub E.  
Nr. 2326. b. föd. die Annonen-  
Expedition von Rudolf Masse  
in Hamburg.

Ga. 70 bis 80 Str. Pfauennimus  
offerren bildigt

## Schneider & Härtel,

Wasserstraße 28.

Fr. Kiel. Sprotten, Spießbüchlein,  
mar. Knöcheln, Silberlachs, Lachs,  
Forellen, ger. und mar. Kal empfiehlt

## E. Schmidt,

Breslauerstraße 13.

Räucher-Lachs ger. u. mar. Kal  
Specklunden u. ger. Lachsheringe  
empfiehlt heute u. empfiehlt

K. Szule, Woferstr. 25.

## Schmalz-Offerte.

Eine leistungsfähige Schmalzhandlung en gros in Hamburg,  
sucht in Posen einen

## thätigen Agenten.

Offeren mit Referenzen sub E.  
Nr. 2326. b. föd. die Annonen-  
Expedition von Rudolf Masse  
in Hamburg.

Ga. 70 bis 80 Str. Pfauennimus  
offerren bildigt

## Schneider & Härtel,

Wasserstraße 28.

Fr. Kiel. Sprotten, Spießbüchlein,  
mar. Knöcheln, Silberlachs, Lachs,  
Forellen, ger. und mar. Kal empfiehlt

## E. Schmidt,

Breslauerstraße 13.

Räucher-Lachs ger. u. mar. Kal  
Specklunden u. ger. Lachsheringe  
empfiehlt heute u. empfiehlt

K. Szule, Woferstr. 25.

## Schmalz-Offerte.

Eine leistungsfähige Schmalzhandlung en gros in Hamburg,  
sucht in Posen einen

## thätigen Agenten.

Offeren mit Referenzen sub E.  
Nr. 2326. b. föd. die Annonen-  
Expedition von Rudolf Masse  
in Hamburg.

Ga. 70 bis 80 Str. Pfauennimus  
offerren bildigt

## Schneider & Härtel,

Wasserstraße 28.

Fr. Kiel. Sprotten, Spießbüchlein,  
mar. Knöcheln, Silberlachs, Lachs,  
Forellen, ger. und mar. Kal empfiehlt

## E. Schmidt,

Breslauerstraße 13.

# Donnersmarckhütte

## Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke Actien-Gesellschaft.

**Grund-Capital: Thlr. 6,000,000.**

Die Actien-Gesellschaft hat von Herrn Graf Guido Henckel von Donnersmarck-Neudeck übernommen:

- 1) die bisher unter der Firma „Donnersmarckhütte“ betriebene Eisen-Hütte mit ihren Hochofen-Anlagen und ausgedehnten reichen Eisenerzlägern, in den Feldmarken Tarnowitz, Repten, Stollarzowitz, Friedrichs-Wille, Orzech und Chechlau;
- 2) die Steinkohlengruben Concordia, Michael und Amalia, deren Kohlenförderung den Bedarf der Hütte in ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Ausdehnung deckt und außerdem noch einen ansehnlichen Weiterverkauf von Kohle gestattet;
- 3) den halben Anteil an der Emmy-Grube;
- 4) die Steinkohlengruben Jungfrau, Metz, Deutsch-Lothringen, Saargemünd, Zabrze, Neue Abwehr, im Gesammtflächeninhalt von über 10 Millionen Q.-Meter und einen Feldestheil der Kohlenmuthung Mont Avron; diese Kohlengrubenfelder sind für einen umfangreichen Kohlenbetrieb bestimmt, deren Erträgniss bei der ausgezeichneten Kohlenbeschaffenheit eine neue Einnahmequelle für das Gesammt-Unternehmen werden wird;
- 5) die Kalksteinbrüche und Kalksteinförderungen mit den dazu gehörigen maschinellen Einrichtungen und der Bahnverbindung mit der Hütte;
- 6) die Maschinenbau-Anstalt, Eisengiesserei und Kesselschmiede, eine selbstständige für sich allein werbende Anlage;
- 7) sämtliche Coaks-Anlagen, Chamottfabrik, Verwaltungsgebäude, Arbeiterhäuser und ein Areal von ca. 380 Morgen Flächeninhalt, ausreichend für alle später etwa zweckmässigen neuen Anlagen.

### Die Rentabilität des Gesammt-Unternehmens setzt sich zusammen:

- a. aus der Eisen-Production des Hüttenwerks; diese beträgt gegenwärtig 530,000 Ctr. Roheisen pro Jahr, wird aber in Kürzestem durch die bevorstehende Vollendung der in vorgesetztem Ausbau befindlichen Neu-Anlagen auf 800,000 Ctr. gebracht werden; der Productions-Preis des Roheisens ist mit 25 Sgr. pro Ctr. netto nachgewiesen; der gegenwärtige Verkaufspreis ist 71—72 Sgr., wozu ein namhafter Theil der nächsten Jahresproduction bereits verschlossen ist. — Dieser in der Eisenindustrie seltene Ertrag, nämlich ca. 1½ Thlr. p. Ctr. — liegt indess nicht nur in der Eisenconjectur selbst, sondern in den ganz vereinzelt dastehenden niedrigen Selbstkosten der Donnersmarckhütte; diese geringen Selbstkosten sind in erster Reihe der vorzüglichen Backfähigkeit der Staub- oder kleinen Fettkohle zu danken, welche aus dem zur Hütte gehörigen Grubenbesitz gewonnen wird und welche Eigenschaft von den jetzt im Beuthener Kreise überhaupt betriebenen Gruben nur noch die landesherrliche Königin Louisengrube aufweist;
- b. aus dem Gewinn des aus dem umfangreichen Kohlengrubenbesitz der Gesellschaft in Aussicht genommenen Kohlenverkaufs;
- c. aus den Reinerträgen der Maschinenfabrik, Eisengiesserei und Kesselschmiede;
- d. aus den Erträgen der anderen, oben angeführten, miterworbenen industriellen Anlagen.

Diese so vereinigten Werke sind von Herrn Grafen Guido Henckel von Donnersmarck laut notariellem Statut vom 17. November unter Belastung mit einer zehn Jahre von seiner Seite unkündbaren Hypothekenschuld von 1,250,000 Thlr. mit . . . . . Thlr. 5,500,000 in die Actiengesellschaft eingebracht worden . . . . . " 500,000 Betriebs-Fond sind gleichzeitig gezeichnet worden, und setzt sich hieraus . . . . . " 6,000,000 als Gesammt-Actien-Capital zusammen.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Director der Gesellschaft ist Herr Adolf Kessel.

## Donnersmarckhütte Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke Actien-Gesellschaft.

### Der Aufsichtsrath:

**A. Schmieder, Vorsitzender.**

**Graf Guido Henckel von Donnersmarck.** **Adalbert Delbrück.** **Gustav Mueller.**  
**Michael Levinstein.** **Fromberg.** **Stadtrichter a. D. Friedlaender.** **Scherbening.** **Carl Leiden.**

Von den vorstehend erwähnten 6 Millionen Thaler vollgezahlten Actien sind 5 Millionen Thaler in 25,000 Stück, à 200 Thlr. von einem Syndikat übernommen worden und werden darauf zu nachstehenden Bedingungen Anmeldungen am

**Sonnabend, den 23. November a. C.,**

in den Geschäftsstunden bei den folgenden Bankhäusern entgegengenommen:

in Berlin:

bei Herren **Delbrück, Leo & Co.**

bei Herren **G. Müller & Co.**

bei Herren **Volkmar & Bendix**,

bei dem **Schlesischen Bankverein** und dessen Commanditen in **Beuthen, Glatz, Glogau,**  
**Görlitz, Leobschütz, Neisse, Reichenbach,**

bei der **Breslauer Wechslerbank** und deren Filialen in **Bunzlau, Görlitz, Gleiwitz,**  
**Liegnitz, Schweidnitz,**

bei Herrn **A. Schmieder,**

in Cöln:

bei dem A. Schaffhausen'schen Bankverein,  
bei der Rheinischen Effectenbank,  
bei Herren Günther & Rudolph,  
bei Herren Becker & Co.,  
bei der Rheinischen Effectenbank,  
bei Herren Ed. Frege & Co.,  
bei der Baierschen Vereinsbank,  
bei der Württembergischen Vereinsbank.

in Dresden:

in Leipzig:

in Frankfurt a. M.:

in Hamburg:

in München:

in Stuttgart:

Der Preis ist auf 110 % = 220 Thlr. pro Actie festgesetzt mit 5 % Stückzinsen vom 1. December a. c.

Bei der Anmeldung sind 10 % der gezeichneten Summe als Caution baar oder in courshabenden Werthpapieren zu hinterlegen.  
Reduction der angemeldeten Beträge bleibt vorbehalten.

Der Erscheinungs-Tag resp. Abnahme-Tag der vollgezahlten Interims-Scheine wird in usancemässiger Weise bekannt gemacht.

Berlin und Breslau, 20. November 1872.

Im Auftrage des Uebernahme-Syndikats:

Delbrück, Leo & Co.

Schlesischer Bank-Verein.

Wir sind beauftragt, Anmeldungen hier am Platze spesenfrei entgegen zu nehmen.

Posen, 20. November 1872.

## Provinzial-Actien-Bank des Grossherzogthums Posen.

Breslau, im November 1872.

P. P.

Hiermit beecken wir uns, ganz ergebenst anzugeben, daß wir für Posen die alleinige Niederlage des

Bairischen und Bockbieres aus unserer Brauerei zu Simmenau O.-S.

Herrn L. Weglewski, Berlinerstraße 14, übergeben haben, und bei demselben deren Engros- und Detail-Verkauf stattfindet.

Hochachtungsvoll

### Die Verwaltung des Simmenauer Bierhauses. Bloch.

Mit Bezugnahme auf obige Anzeige empfele ich dem verehrlichen Publikum mein Etablissement, Berlinerstraße 14, indem ich stets für Conservirung und Pflege der mir von der Verwaltung des Simmenauer Bierhauses zu Breslau übergebenen Biere Sorge tragen werde, so daß ich meinen geschätzten Gästen immer ein wohlgeschmeckendes Glas Bier vorzusehen im Stande sein werde.

## L. Weglewski.

**D. A. H. B. M.**

Für eine solide preussische Lebensversicherungsanstalt werden Agenten und Hauptagenten unter äußerst vortheilhaftem Bedingungen angeboten. Offerten unter Chiffre N. B. an die Annonce-Exped. von H. Kaufmann & Palme, Posen.

Gesucht werden Alleeäume, Kastanien-, Ahorn- und Linden-. Mit Angabe, Preis u. Höhe, erbittet Offerte R. H.

Dombrowka, Bahnhofstation Märkisch-Posen.



150 fette Hammel sind zum Verkauf in Dom. Skoraczew bei Elens.

Wollene Strümpfe zu stricken werden angenommen Allerheiligenstr. Nr. 3.

Um häufigen Irrthümern vorzubeugen, machen wir hierdurch bekannt, dass der Dr. med. F. Katsch bereits seit 6 Monaten aus seiner dienstlichen Stellung als Dirigent der Lutz'schen Klinik ausgeschieden ist, weshalb Briefe nicht mehr an den p. Katsch, als Dirigenten der Anstalt zu adressiren sind, sondern an die Lutz'sche Klinik.

Cöthen (Anhalt).

Sanitätsräthin A. Lutze.

Dr. med. A. Schirks, Director.

**Großer Ausverkauf**  
wegen Räumung des Lokals zu be-  
deutend herabgesetzten Preisen.

**F. W. Mewes,**  
Markt 67.

Vom 1. Januar 1873  
ab verkaufen wir den Extr.  
Stückfakt mit 7 Sgr. ab  
Gogolin.

Die Kalkproducenten von  
Gogolin, Guradze und  
Dzieschowik.



Ein Paar Pferde sind  
Bronkerstr. 17 zu verkaufen.

 Brüschmellende, hochtra-  
gende, Weichel, Verder-  
niederungslühe zu haben,  
Aufträge nimmt entgegen  
und führt dieselben auf's Pünktliche  
a. W. bei Bahnhof Teredpol, West-  
preußen.



Dom. Ellguth an der  
Niederschl.-Märkischen Bahn,  
3/4 Meilen von Station Neu-  
mark, stellt Rambouillet-  
Kreuzungs- und Electoral-  
Negretti-Böcke für 30 bis  
40 Thlr. zum Verkauf. —  
Rambouillet St. Bockshur  
als 2- und 3jähr. Thier 12  
Pfd. rein gewaschene mittel-  
feine Tuchwolle, die Negretti-  
Heerde durchschnittl. 4 1/2 Pfd.  
Figuren groß.

### Elegante

Velourinen von 25 Sgr. bis 4 Thlr.  
Tücher, Kopftücher in größter Aus-  
wahl und billig, offerirt die  
Wollwaren-Fabrik

M. J. Guttman, Breitestr. 7

halte Füße heißt Tod.

Warme Füße heißt Leben.

Das Beste, um warme und trockene  
Füße zu erhalten, sind Holzschuhe u.  
Stiefeln. Dieselben sind in eleganter  
Ausstattung für Herren, Damen und  
Kinder nur allein zu haben bei

Mannheim Wolffsohn,  
Posen, Markt 8.  
(Eingang Krängelgasse.)

Mehrere Hundert neue, gut gearbeitete  
Spiritusgebinde  
finden zu haben bei den Gebrüdern  
Gross, Böttchermeister in Posen,  
werden geliefert zu soliden Preisen  
franz. Bahnhof Ostel.

F. 22. XI. 7 A. J. u. Bf. II.

Orchesterverein.

Freitag, den 21., Abends 8 Uhr:  
Generalprobe für die Sänger  
im Saale des Friedrich-Wilhelm-Gym-  
nasium. Der Vorstand.

Dienstag, den 26. Novbr. 1872,  
Abends 6 Uhr:

Geistliches Concert  
in der Kreuzkirche, Graben.

Billets à 10 Sgr. zu haben bei  
Bote & Bock.

Der Vorstand  
des Frauen u. Jungfrauen-  
Vereins.

Familien-Nachrichten.

Statt jeder besonderen Meldung.  
Als Verlobte empfehlen sich:  
Auguste Hoffmann,  
Julia Chin,  
Paul von Bornstaedt,  
Ostrowo.

Am 18. d. Mon. starb zu Stettin  
Auguste Lucas,

Tochter des verstorbenen Provinzial-  
Schulrats, Professor Dr. Christian  
Lucas zu Posen, nach langer Leidens-  
zeit betrubt bitten um stillte Thilnahme  
die Angehörigen:

Mutter, Geschwister und  
Schwager.

Bei unserer Abreise nach Landsberg  
i. W. wünschen allen lieben Freunden  
und Bekannten ein herzliches Liebewohl

Ingenieur Maage u. Familie.

Stadttheater. Donnerstag: Fron-

Trou. Freitag: Die Artisanen.

Volksgarten-Theater.

Hut. Donnerstag: Die beiden Harfen-  
mädchen oder: Der Fluch des alten  
Geigers.

Bazar-Saal.

Donnerstag,  
den 5. Dezember 1872.

Abends 7 1/2 Uhr:

Concert,  
veranstaltet von

Jules de Swert,  
K. K. Kammervirtuose u. Cellist  
und

Rafael Joseffy,

pianist.

Das Programm bringen die  
nächsten Zeitungen.

Billets zu nummerierten  
Sitzplätzen à 1 Thlr. 10 Sgr.,  
finden von heute ab nur in der  
Hof-Musikalien-Handlung

von

Ed. Bote & G. Bock

zu haben.

Heute Abend Eisbeine bei

O. Meyer, Halbdorfstr. 2.

Heute Abend Eisbeine bei

A. Romanowski, St. Martin 69.

Heute Donnerstag Eisbeine bei

N. Zorn (vorm. F. W. Dorn), Markt 31.

Heute um 11 Uhr Eisbeine bei

W. A. Schulze, Breslauerstr. 34.